

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Spalte, Colonne für Arbeitsgehalte 75 Pfg. Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Ehrfurcht

Mit Entsetzen haben wir alle die Kunde von dem hrecklichen Mordtat vernommen, dem der österreiche Thronfolger und seine Gattin zum Opfer fielen. Die ganze Kulturwelt ist empört über die ruchlosen Frever, die es wagten, mit frecher Hand unerlässliche Lebenswerte zu vernichten, die sich in jurchsbarter Treulosigkeit gegen die höchste von Gott gewollte irdische Obrigkeit vergingen. Was alles für Beweggründe bei dieser schrecklichen Tat mitgespielt haben, wird die Untersuchung uns vielleicht noch lehren; jedenfalls hatten die schamlosen Verbrecher alles Gefühl verloren für das Große und Bedeutende in der Welt.

Das wilde Tier kennt keine Wertschätzung, es unterwirft sich nur, wenn ihm ein äußerer Zwang auferlegt wird. Dem Menschen, sofern er noch Menschenwürde besitzt, ist ein Gefühl eingeboren für alles Erhabene, dem er sich verehrend beugt. Ohne Ehrfurcht vor allen berufenen Führern des Volkes, vor den höchsten geistigen Kulturwerten und sittlichen Gütern würde die Menschheit zum wilden, sich selbst vernichtenden Tierreich werden.

Ehrfurcht ist nicht knechtische Gesinnung, ist nicht ohnmächtiges Sklavengefühl, nein, Ehrfurcht ist die freie Anerkennung aller großen und edlen Werte in der Welt, ist die freiwillige Untertänigkeit unter alle Gesetze und Obrigkeit, ohne die ein geordnetes menschliches Zusammenleben und eine stetige Höherentwicklung der Menschheit nicht möglich ist.

Gewiß, wir wollen uns das Recht der Kritik an bestehenden Mängeln nicht nehmen lassen, wir wollen uns auch wehren, wenn man unsere Rechte antastet. Aber wir wollen und dürfen dabei nie die Ehrfurcht verletzen, die wir den erhabenen Menschheitswerten und Gesellschaftsinstitutionen gegenüber schuldig sind. Je höher, je edler die Kultur, um so höher die Anerkennung alles wahrhaft Großen hier auf Erden. Durch herbe Kritik und Revolution ist die Menschheit nicht vorangekommen, sondern durch Beugen und Ehrfurcht vor den genialen Reformern und menschenfördernden Mächten. Beweisen wir Menschenwürde, indem wir Ehrfurcht zeigen dort, wo wir Ehrfurcht schuldig sind.

Aus den bayrischen Staatshüttenwerken

In den letzten Jahren vollzog sich in den staatlichen Hüttenwerken Bayerns eine bedeutende Umwälzung. Die Werke haben sich größtenteils zu Maschinenfabriken und Eisengießereien entwickelt und wuchsen mehr und mehr in den Konkurrenzkampf, und in die Konkurrenzschwankungen hinein geiffen. Es ist kein Zufall, wenn nun die Kollegen der Staatsbetriebe genau die gleichen Klagen haben, wie die Arbeiter in den Privatbetrieben. Eine eingehende Behandlung dieser nach mancher Seite sehrreichen Verhältnisse dürfte allemehr interessieren.

Die kgl. bayrischen Werke gliedern sich in Bergbau, Hüttenwerke und Salinen. Das Amberger Werk stellt einen jenseitigen Betrieb dar, dort ist vertreten: Bergbau, Roheisenproduktion und Weiterverarbeitung. Nachstehend einige Produktionsziffern in Tonnen:

	1900	1906	1912
Rohle	328 000	449 000	694 246
Roheisen	20 000	25 000	60 857
Gußwaren	6 526	7 887	30 009
Salz	42 687	—	42 996

Am Jahresschluß 1912 waren insgesamt 6450 Arbeiter beschäftigt, wovon auf die Hüttenwerke 1909 entfallen.

Viel geredet wurde über die Rentabilität der Hüttenwerke. Man mußte manchmal den Eindruck gewinnen, als wolle man die Staatsbetriebe tödnen. Am stärksten war dieser Eindruck nach der Verhandlungen in der Reichsratskammer. Daß die der Großindustrie nahestehenden Kreise, in den Staatsbetriebe eine lästige Konkurrenz sehen, ist begreiflich. Diese Interessen werden nicht immer an der Schwelle des Landtages halt machen. Es gibt in Bayern Privatbetriebe, die in einem Jahr mehr als 100 000 Mark für Reklame aufwenden. Das vorerwähnte Votreden kann leicht als Reklame gegen die Staatsbetriebe verstanden werden. Interessant und zugleich charakteristisch ist eine Umfrage zur Zeit der Landtagsverhandlungen durch die Münchner Neuesten Nachrichten über die Frage: „Der Staat als Unternehmer“. Aus diesen Kundgebungen von Männern der Industrie und Wissenschaft hier nur einige Sätze.

Dr. A. Weißhofer, der Generaldirektor der oberbayerischen N.-G. für Kohlenbergbau, äußert sich u. a.:

„Ich will dabei gar nicht in Betracht ziehen, daß der Staatsbetrieb der großen Gefahr ausgesetzt ist, dazu noch zum Turnplatz für alle erdenklichen politischen und sozialpolitischen Experimente zu werden, die mit Wirtschaft nichts zu tun haben.“

Sch kann aus genannten Gründen daher auch die Bergwerke nicht ausnehmen, . . . (Der Staat könne also auch Bergbau nicht betreiben.)

Also die sozialpolitischen Experimente haben es den Herrn Industriellen angetan. Lieber würde man die ganze Bevölkerung der rückwärtslosesten Preispolitik der Grubenbesitzer ausliefern. In solchen Fragen kann man also von Privatunternehmern wohl kaum ein objektives Gutachten erwarten. Sie stehen nicht über der Sache, sondern sind finanziell interessiert und suchen sich jede lästige Konkurrenz vom Hals zu schaffen. Breniano nahm hinsichtlich der Bergwerke den entgegengelegten Standpunkt ein, desgleichen notierte er für

die staatliche Ausnützung der Wasserkraft und Versorgung des Landes mit Elektrizität.

Selbstfalls hat die Arbeiterschaft kein Interesse an einer Kritik der Staatsbetriebe, die den Aft abläßt. Tatsächlich hat sich die Rentabilität der staatlichen Werke selbst in dem wenig günstigen Jahre 1913 merklich gebessert. Der Aktiorest aller Betriebe dieses Etats betrug 1912: 1 100 449 M. und 1913: 1 060 000 M. Bei den im Jahre 1913 notwendigen Feierschichten und Beurlaubungen konnte die Produktivkraft der Werke weniger ausgenützt werden als 1912. Die günstigsten Ergebnisse unter den Werken haben Sonthofen und neuerdings Amberg aufzuweisen. Einschließlich Verzinsung, Tilgung und Rücklagen hat das Amberger Werk 1912 ein Erlögnis von 303 251 M. und 1913 ein solches von 505 512 Mark. Unter Zinsen und Tilgung ist zu verstehen, daß das investierte (Anlage-)Kapital zum Teil (in Amberg etwa 4 Millionen Mark) als Darlehen aufgenommen wurde und mit 4 Proz. verzinst und mit 3—4 Proz. getilgt werden muß. Wenn nun einige der kleinen Hüttenwerke ungünstig abgeschrieben haben, so ist das mitzurückzuführen auf die Aufnahme neuer Artikel und die ungünstige Geschäftslage. Die Staatsbetriebe stehen in dieser Hinsicht nicht allein, gleiche Beispiele finden sich in der Industrie in: Nürnberg, Albstadt, Würzburg, Markredwitz, Pegnitz usw. Wenn nach fetten Jahren magerer Jahre kommen, so geht deswegen die Welt nicht unter, und die Betriebe kommen auch wieder auf ihre Rechnung.

Die Berechtigung einer maßvollen Kritik wurde bei den Landtagsverhandlungen von der Regierung anerkannt. Die von der organisierten Arbeiterschaft gelebte Kritik hat zu manchen Verbesserungen und Reformen Anlaß gegeben. Leider haben sich die Verhältnisse noch nicht so weit entwickelt, daß an Stelle der öffentlichen Kritik mehr die direkte Verständigung tritt. So sehr dies zu wünschen wäre, fehlt es doch noch vielfach an dem notwendigen Entgegenkommen der Werksleitungen. Am wenigsten befriedigen konnte die Stellungnahme der Regierungsvertreter im Landtag zu den Arbeiterfragen. Aus den diesbezüglichen Landtagsreden seien einige Auszüge hier wiedergegeben.

Abg. Bühler führte u. a. aus: „Meine Herren! Von den Petitionen der Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter, die uns in der letzten Session beschäftigten, kehrten diesmal nur zwei wieder, die des Christlichen Metallarbeiterverbandes und die des Deutschen Metallarbeiterverbandes.“

Beide Petitionen beziehen die Verbesserung der Arbeiterverhältnisse in unseren staatlichen Hüttenwerken. Die Verhandlungen im Finanzausschuß haben die Hoffnungen, die die Leute an ihre Petitionen geknüpft hatten, zugleich die Hoffnungen, die die Arbeiter auf den neuen Verwaltungschef gesetzt haben dürften, nahezu zerstört. Waren auch die Ausführungen des Herrn Generaldirektors keine glatte Absage an die Arbeiter, so offenbarte doch diese bürokratisch abweisende Art der Behandlung der Arbeiterwünsche nur ein recht kärgliches Maß von Entgegenkommen. Senes im Finanzausschuß vom Herrn Generaldirektor gesprochene Wort, ein Wort, das allerdings bekundete, daß der Herr Finanzminister rasch Schule gemacht hat: „Wenn wir alle diese Forderungen erfüllen würden, können wir die Staatsbetriebe schließen,“ wäre besser unausgesprochen geblieben . . .“

„Es ist eine wenig staatsmännische programmatische Erklärung der Regierung. Undiplomatisch bleibt es auch unbedenklich, weil die berechtigten Forderungen der Arbeiter, wie ich dem Herrn Generaldirektor gleich im Finanzausschuß entgegenhielt, auf die Dauer doch nicht unterdrückt werden können. Die Berechtigung der Forderungen aber kann keinem einzigen der in den Petitionen vorgetragenen Punkte abgesprochen werden. Im Jahre 1912 trat eine mäßige Steigerung der Löhne ein, so in Weisshammer eine solche von 11 Pfg. in Bodenwöhr 28 Pfg., in Bergen 4 Pfg., nur am Hochofen in Amberg 28 Pfg. und Gießerei Amberg 29 Pfg., in Obereichstädt ein Minus von 26 Pfg. Auf unseren Hüttenwerken sieht es mit der Lohnbewegung von 1912 auf 1913 trotz der vom Landtage bewilligten 20 Pfg.-Aufbesserung jämmerlich aus; nur zwei Betriebe zeigen ein Plus von über 20 Pfg., Amberg (Hochofen) und Amberg (Gießerei). Dann folgt die Hütte Bodenwöhr mit einem Plus von 17 Pfg., Bodenwöhr mit einem solchen von 15 Pfg., Bergen mit 7 Pfg., Sonthofen — hören Sie, meine Herren! — mit 3 Pfg., endlich Obereichstädt mit einem Minus von 9 Pfg. und Weisshammer mit einem Minus von 22 Pfg., trotz der Aufbesserung von 20 Pfg. Was den Sachverdienst betrifft, so steht wiederum oben Amberg (Hochofen) mit einem Plus von 99 M., Amberg (Gießerei) mit einem solchen von 72 M., Bodenmais mit 64 M., Bergen mit 47 M., Bodenwöhr mit 8 Mark! Obereichstädt hat dagegen ein Minus von 8 M. und Sonthofen trotz des Plus von 3 Pfg. pro Schicht ein Minus im Jahresverdienst von 29 M. Das kommt nämlich daher, daß die Anzahl der Schichten zurückgegangen ist . . . Weisshammer endlich hat ein Minus von 62 M. . . Wie aber rechtfertigt die Staatsregierung diese Lohnziffern angesichts der bewilligten 20 Pfg.-Aufbesserung? Der Herr Generaldirektor erklärte hierzu im Finanzausschuß: — und es ist ja schließlich damit alles gesagt —, die 20 Pfennig seien jedem Arbeiter ausbezahlt worden, nur sei es am Gesamtlohne nicht zum Ausdruck gekommen; und das komme bei den einzelnen Werken von der geschäftlichen Lage.“

Die Netto-Löhne (Netto: was nach Abzug der Versicherungs- u. dgl. ausbezahlt wurde) betragen 1913 durchschnittlich auf einem Werk 3,85 M., auf einem anderen Werk 2,70

Mark, die der übrigen Werke bewegen sich zwischen beiden Zahlen. . . Nun hat in der letzten Session der Herr Kollege Helb in seiner Eigenschaft als Referent 4,50 M. Durchschnittslohn für sämtliche Arbeiter in unseren Betrieben als Kardinalforderung aufgestellt. Wir sind also von jener Kardinalforderung Helbs zum Teil noch weit entfernt. Am schlechtesten entlohnt sind die Hüttenarbeiter.“

Der Redner erörtert dann noch die Feuerungsverhältnisse und führt weiter aus:

In der Petition des Christlichen Metallarbeiterverbandes ist zur Frage der Akkordpreissetzung unter anderem vorgetragen, in Weisshammer verdiente von 74 Akkordarbeitern laut Fragebogen in den ersten vier Monaten des Jahres 1913 der Mann durchschnittlich zwischen 86 und 99 M., in den folgenden vier Monaten nur zwischen 70 und 85 M. Auf meine Frage im Finanzausschuß, woran das liege, erklärte der Herr Generaldirektor: „Ausschließlich an dem Nachlassen in den Leistungen“; auf gut Deutsch: In den folgenden vier Monaten haben die Arbeiter mehr auf der faulen Haut gelegen. Die „Augsburger Postzeitung“ aber hat eine ganz andere Auffassung. Dieses Blatt hat den Lohnrückgang ausschließlich dem neuen Verwaltungssystem auf das Konto gesetzt.“

In einem Artikel, überschrieben: „Zum Etat der bayrischen Hüttenwerke“, heißt es unter anderem wörtlich, wie folgt: „In Abgeordnetenkreisen wurde schon, als der Beschluß der Aufbesserung gefaßt wurde, Bedenken laut, daß den Arbeitern durch Akkordabzüge die Zulage wieder genommen würde. Der Herr Finanzminister suchte damals diese Bedenken zu zerstreuen.“ Dann heißt es weiter: „Auch die Arbeiterschaft atmete wieder auf und setzte gar manche Hoffnung auf die neuen Herren. Leider fiel ein Keil in die Frühlingsnacht. Klagen über Akkordabzüge, bei denen nicht gestagt wurde, ob die Arbeiter das Notwendigste zum Leben haben, wurden laut. Die Klagen nahmen von Tag zu Tag zu. Am schlimmsten ging es in Weisshammer.“ Dann werden in dem Blatte die Resultate der Fragebogen aufgemacht und daran die folgenden Bemerkungen geknüpft: „Wenn das, wie es den Anschein hat, noch acht Monate so weitergeht, dann hat die Werksleitung trotz Zulage noch ein Geschäft gemacht. Diesen 74 Mann wurde dann mehr abgezogen, als die 20 Pfg.-Zulagen für das ganze Jahr und die gesamte Arbeiterschaft des Werkes ausmachen. (Wie oben erwähnt, ist das Lehiere tatsächlich eingetreten.) In anderen Werken ist's nicht anders gegangen.“ Mit diesem Satz schließen die diesbezüglichen Bemerkungen. Also zu lesen in der „Augsburger Postzeitung“ vom Oktober 1913! Das klingt etwas anders als die Antwort des Herrn Generaldirektors auf meine Anfrage.“

Wir werden in der nächsten Nr. weiter auf die Sache zurückkommen.

Die Lage der Arbeiter auf dem Heilich-Nassauischen Hüttenverein

Mit dem Erstarken der Arbeiterorganisationen hat sich in den letzten Jahren die Lage der Arbeiter gebessert. Nicht leitgenommen an dem allgemeinen Fortschritt haben die Arbeiter, die in den Betrieben des flachen Landes beschäftigt sind. Die Unternehmer dieser Betriebe sind auf sozialen Gebieten teils rückständig, und zum Teil obendrein auch noch Scharfmacher. Mit großem Geschick haben sie es verstanden, die ländlichen Arbeiter auszunutzen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse hollen sie so, daß sie stets ihr Schäfchen dabei fcheren; aber gründlich.

Hat der ländliche Fabrikarbeiter im Werk Feietabend, dann fängt die Arbeit zu Hause, als neue an. Erholung nach der Fabrikarbeit gibt es für ihn nicht. Selbst des Sonntags muß er hauswirtschaftliche Arbeiten (Wiesfüttern) mitverdienen. Die Frau kann die Arbeit nicht bewältigen. Mit dem besten Willen kann sie in ihrem Heim nicht die fürsorgliche Hausfrau sein, wie sie es gerne möchte. In erster Linie ist die Frau Arbeiterin, landwirtschaftliche Arbeiterin. Das ist sie nicht aus Vergnügen oder Habgier, sondern aus dem höchst einfachen Grunde, weil der Lohn, den der Mann in der Fabrik verdient, nicht ausreicht. Die Lage der ländlichen Fabrikarbeiter ist also keineswegs beneidenswert, sondern verbesserungsbedürftig.

Die Betriebe des Heilich-Nassauischen Hüttenvereins liegen alle auf dem flachen Lande in den Kreisen: Wittgenstein, Biedenkopf und im Vilkreis. Dieses Unternehmen hat sich ein gewisses Monopol errungen. Durch Ankauf und Zusammenlegung wurde die Konkurrenz entweder ganz ausgeschaltet, oder doch wesentlich eingeschränkt. Außerdem ist die Gesellschaft als solche, oder ihre Inhaber beteiligt an allen möglichen Werken dieses Bezirkes, des Siegerlandes und weit darüber hinaus. Wenn die Wissenden reden wollten, dann erühre die Welt die gewaltige Macht der „Hüttenleute“. Hat die Gesellschaft schon durch die Bodenständigkeit ihrer Arbeiter, die buchstäblich an die heimatische Scholle gefesselt sind, ein Monopol für den Bedarf an Arbeitskräften, so versteht sie es ferner durch Verleihung von Hypotheken und mit anderen Mitteln, die Leute festzuhalten. Selbst die Erschließung der Gegend durch Eisenbahnen weiß man zu verhindern. Auf diese Weise wird der „Arbeitsmarkt“ reguliert. Daß unter diesen Umständen von einer wirtschaftlichen und sozialen Freiheit keine Rede sein kann, versteht sich am Ranke. Die ganze Gegend wird vom Hüttenverein beherrscht.

Der Hessisch-Nassauische Hüttenverein wurde vor 25 Jahren von dem verstorbenen Kommerzienrat Jung gegründet. Aus den denkbar ärmsten Verhältnissen hervorgegangen, gelang es ihm im Jahre 1849, die in Niederlaasphe gelegene Amalienhütte zu erwerben. Die Entwicklung und verwandtschaftlichen Beziehungen ermöglichten nach Jahren die Errichtung des gleichnamigen Vereins. Andere gleichartige Werke wurden erworben oder neu errichtet, und zwar mit kluger Berechnung an gewissen Zentralpunkten, an denen genügend und billige Arbeiter vorhanden waren. Der organisatorische Aufbau des Vereins besteht neben den Teilhabern aus der Generaldirektion in Straßbergbach und aus je einem Abteilungsdirektor der einzelnen Werke. Fast ausschließlich stehen alle diese Kreise in engverwandtschaftlicher Beziehung zueinander.

Die Fabrikation des Vereins besteht vornehmlich in Gußherden und Gußböfen; es werden aber auch andere Gußwaren, wie Helikörper und Fenster hergestellt. Ferner Viehherde und -Defen, größere emallirte Sachen wie Wabenannen und dergleichen. Außerdem verfügt die Gesellschaft über eine große elektrische Ueberlandzentrale, die nicht nur ihre Betriebe, sondern die ganze Gegend mit elektrischer Kraft versorgt. Eigene Eisensteingruben und ein großes Hochofenwerk liefern das nötige Gießereisenerze. Auf den einzelnen Werken sind beschäftigt:

Eisensteingruben	400 Arbeiter
Hochofenwerk Oberscheld bei Dillenburg	260 "
Amalienhütte bei Niederlaasphe	250 "
Bürgerhütte bei Herborn	750 "
Eibelschäuserhütte bei Dillenburg	800 "
Grünshütte bei Dillenburg	300 "
Ludwigshütte bei Wiedensopf	415 "
Neuhütte bei Straßbergbach	450 "
Fringshäuserhütte bei Sinn	150 "
Wilhelmshütte bei Laasphe	250 "
Eisenwerk Herborn	300 "

Von diesen mehr als 4100 Arbeitern ist die große Mehrzahl als Former oder Schlosser beschäftigt. Neben den Bergleuten und Hochofenarbeitern sind tätig: Schleifer, Emailleure, Mobelleure, Elektromonteur, Schmiede, Gußpußer, Magazin- und Hilfsarbeiter usw. Hinzu kommen noch diejenigen Werke des Vereins, die noch nicht erfasst werden konnten, sowie die große Zahl der Beamten und Angestellten. In Anbetracht der lässlichen Verhältnisse mit schwacher Bevölkerungszahl zeigt jedoch schon dieses Ergebnis ein Bild von der gewaltigen Bedeutung dieses Werkes.

Dem modernen Zug unseres organisatorischen Zeitalters gemäß, hat sich das Werk schon verhältnismäßig früh angepaßt. Dieser Anerkennung dürfen wir uns nicht verschließen, wie überhaupt die führenden Kräfte des Vereins eine großzügige Tätigkeit für ihre Interessen entfaltet haben und für ihr Fach tüchtige Leute sind. Daß enorme Gewinnergebnisse der Werke darum nicht ausbleiben konnten, versteht sich am Rande. Ein großer Reichtum muß sich hier angeammelt haben. Eine öffentliche Rechnungslage wie bei den Aktiengesellschaften gibt es nicht beim Hüttenverein. Trotzdem ist ein Schluß möglich auf die Rentabilität, wenn man sich die prunkvollen Parkanlagen der Direktorenwohnungen etc. besieht.

Die Lage der Arbeiter ist nicht rosig. Wie bekannt geworden ist, soll auf einer Direktorenkonferenz des Hessisch-Nassauischen Hüttenvereins festgestellt worden sein, daß neben der Bürgerhütte bei Herborn — wo unser Verband vor mehreren Jahren für die Arbeiter erfolgreich einsetzte — die Amalienhütte bei Wallau mit die höchsten Löhne von allen Abteilungen des Vereins zahlt. Wie es jedoch damit aussteht, zeigt das Ergebnis der Lohnerhebungen, die wir im verfloßenen Herbst dort vorgenommen haben, aus bestimmten Gründen jedoch nicht eher veröffentlichten. Die Erhebungen stammen — was ausdrücklich hervorzuheben zu werden verdient — aus der Zeit der stürzenden Konjunktur, in welcher der Betrieb vollständig beschäftigt war. Die Wochenlöhne betragen:

Für ledige Former im Alter von 17-20 Jahren	M. 22,28
" " " " " " " " " " " "	23,86
" " " " " " " " " " " "	25,00
" verheiratete " " " " " " " " " " " "	24,90
Für verheiratete Former im Alter von 31-40 Jahren	M. 27,10
" " " " " " " " " " " "	24,13
" ledige Schlosser im Alter bis 20 Jahren	" 18,-
" " " " " " " " " " " "	23,-
" verh. " " " " " " " " " " " "	23,95
" " " " " " " " " " " "	24,96
" " " " " " " " " " " "	25,29
" Magazinarbeiter	14,40
" Gußpußer	19,20

Heute noch!

von Stendrehler Gustav Richard.
Es flutet dahin die geschäftige Welt,
Gleich den Sternen am tiefblauen Himmelszelt.
Die kommen und gehen mit lichter Pracht,
Welt erhabener als arme irdische Nacht.
Ein Gott lenkt sie klug durch die Ewigkeit,
Der Mensch aber sieht nicht aus Mangel an Zeit,
Er hat es eilig, er rennt geschwind —
Wie sein Glück gerührt, gleich der Spreu im Wind.

Die Blumen im Felde sie streuen den Duft,
Gleich der Sonnen Licht durch die schmachende Luft.
Dem Schöpfer zur Ehr', uns Menschen zur Freud'
Prangt herrlich der Mai im lieblichen Kleid.
Blick aufwärts o Mensch! nicht zur Erde herab,
Heute noch, morgen da winkt schon dein Grab.
Heute noch trete in uns're Reihe,
Morgen schon kannst du ein anderer sein.

Der Agitator

Von F. Schrönghammer-Heimbühl.
Es klopfte. Auf mein „Heroin“ erschien ein klatternder, breitschultriger Mann in den besten Jahren im Lärzraume, blieb mit lächelnd-verzückter Miene stehen, und mit den Worten: „Anstos, altes Haus, groß dich Gott!“ warunte er mich, daß wir die Rippen kratzen. Scheinbar selbst erschöpft von der Anstrengung, ließ er sich dann auf das Sofa nieder. Klatschte mit den Händen — welche Hände! — auf die Knie und sagte in einem Jort: „So treffe ich dich wieder, so treffe ich dich wieder! Wer hätte das gedacht! Beinahe hätte ich dich abnorm gekannt!“
Nachdem ich mich von meinem Stamen etwas erholt hatte, wagte ich die schäme Frage: „Ja, erlauben Sie mir, mit wem habe ich denn eigentlich die Ehre?“

Der durchschnittliche Wochenlohn betrug also für die Arbeiter der Amalienhütte 22,78 Mark, und der Jahresverdienst — das Jahr zu 50 Arbeitswochen mit 300 vollen Arbeitstagen gerechnet — beträgt also durchschnittlich 1136,50 M. Nach den Nachweisungen der Maschinenbau- und Kleinmetallindustrie - Unfallberufsgenossenschaft betrug der Jahresarbeitsverdienst für das Jahr 1911 in 127 Betrieben für Herd- und Kuppelofengießereien mit Handspannenbetrieb 1328 M. Bis zum Jahre 1913, in dem unsere Erhebungen stattfanden, wird sich derselbe noch gesteigert haben. Gegenüber diesem Verdienst, in dem auch die Löhne der ganz jugendlichen und älteren Arbeiter mit einbegriffen sind, was bei unseren Erhebungen nicht der Fall ist, bleiben die Arbeiter der Amalienhütte um annähernd 200 Mark zurück. Und das sollen nach Ansicht der Direktorenkonferenz die höchsten Löhne sein.

Wie wird es erst auf den anderen Werken aussehen? Nach Mitteilungen der Lokalpresse sollen auf der Eibelschäuserhütte in diesem Jahre ältere Former mit einem Lohn von weniger als eine Mark pro Tag nach Hause geschickt worden sein. Wenn man das auch nicht verallgemeinern darf, so eröffnen diese Angaben doch ein geradezu ungläubliches Bild über die Lohnverhältnisse des Hessisch-Nassauischen Hüttenvereins.

Wenn sich je die durchaus falsche Auffassung der Arbeiter, die Organisationsbeiträge zu sparen, gerächt hat, so ist es hier der Fall. Diese Arbeiter sind darum selber Schuld an den traurigen Verhältnissen. Sie haben die wenigen Mark Beiträge zum christlichen Metallarbeiter-Verband sparen wollen, und mußten sich dafür einen Mindeverdienst von einigen hundert Mark im Jahre gefallen lassen.

Die Arbeitsverhältnisse lassen auch zu wünschen übrig: Die Former klagen über die mangelhafte Gattierung des Eisens, über Unordnung beim Gießen und Keeren der Formen, Rauch und Staub, über mangelhafte Ventilation usw. Die Unfall- und Krankheitsziffern sind sehr hoch. Die Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen werden nicht regelmäßig eingehalten, doch daran sind auch vielfach die Arbeiter selber schuld. Die Spelze-, Wasch- und Waderäume sind ungenügend. Daß unter genannten Umständen die Kräfte früh verbraucht, und die Arbeiter von Schwindel, Rheumatismus, Sichtlich u. d. fallen werden, ist leicht erklärlich. Die Beschwerden der Arbeiter über diese Dinge sind noch größer, als die über den niedrigen Lohn, und das will doch sicherlich viel heißen.

Von selber kommt aber keine Abhilfe. Nur durch die Organisation und es der Arbeiterschaft möglich sein, sich Einrichtungen zu schaffen, die ihnen die Erhaltung des kostbarsten Leibesgutes — der Gesundheit — zusichert.

Arbeiterausschlüsse sind nicht vorhanden. Trägt der Arbeiter seine Beschwerden vor, dann erhält er vom Direktor ein paar lebenswürdige Worte. Die untergeordneten Instanzen weihen ihn einfach ab mit der Bemerkung: „Du kannst gehen, wenn es Dir nicht paßt — Du bist immer der Unzufriedene — Das ist von oben herunter bestimmt usw.“ Art und Höhe der Aufrechnung der Akkorde hängt vielfach nur in der Luft. Bei den Wahlen zu den Krankenkassen haben die Werke fast stielig „ihre Namen“ durchgebracht, und dementsprechend sieht es auch in denselben aus.

In einzelnen Werken haben in der letzten Zeit Abzüge auf Abzüge stattgefunden. Das schlug dem Fuß den Boden aus. So kann es nicht weiter gehen, zu dieser Einsicht haben sich viele Arbeiter und Bürger der betreffenden Gegenden durchgerungen. Viele Beitritte zu unserem Verband sind in der letzten Zeit erfolgt. Nunmehr gilt es, das auf einzelnen Orten angefangene Werk zu vollenden. Nur die beharrliche Ausdauer und Betätigung der Organisation kann zum Ziele führen. Von heute auf morgen lassen sich die Zustände natürlich nicht ändern und namentlich kann all jenes in einer kurzen Spanne Zeit nicht wieder wettgemacht werden, was die Arbeiter jahrelang einreißen ließen. Je mehr und je schneller aber wir unsere Reihen schließen, je eher werden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf dem H. N. S. B. besser werden. Ohne Einfluß jedoch kein Gewinn! Ohne Opfer idealer und finanzieller Art auch keine Hebung unserer Lage.

Wer sich darum nicht noch länger schädigen will, der trete ein in die Organisation! Was wir erstreben, ist eine durchaus gerechte Sache. Ueber kurz oder lang muß sich auch der Hessisch-Nassauische Hütten-Verein mit der Organisation abfinden.

Arbeiter des Hessisch-Nassauischen Hüttenvereins, wolt ihr endlich zu besseren Verhältnissen kommen, dann fort mit dem seitherigen Sichhängen-

Da sching der Mann eine gelle Sache auf: „Seht kennt er mich nimmer! Köstlich! Seht kennt er mich nimmer, seinen alten Freund, den Müllersepp!“

Mein Hirn „müllerte“ alle Müller im allgemeinen und die Müllersepp im besonderen durch, die mir in meiner müllereichen Vaterstadt je über den Weg gelaufen waren, aber ich konnte mich wirklich und wahrhaftig nicht entsinnen, diesen gegenwärtigen Müllersepp je einmal gesehen zu haben. Der Fremde merkte meine Verlegenheit und kam mir zu Hilfe: „Du bist doch der Huber Andrederl?“

„Andrederl? Mein Name ist Johann Georg Huber.“

„Johann — Georg —?“

Nun war das Entommen auf Seiten des Fremden: „Sollte ich mich — aber es ist nicht möglich!“

„Ich glaube bestimmt, daß hier eine Täuschung vorliegt, ein Irrtum in der Person, wie er wohl öfter vorkommt.“

„Mir will es auch so scheinen. Ach, entschuldigen Sie mir, aber den Andrederl Huber kenne ich sehr gut, und diese verblüffende Ähnlichkeit mit Ihnen... Das ist mir interessant... Sie gestalten wohl, daß ich mir eine Zigarre ansehe?“

„Bitte sehr!“

„Sehr liebenswürdig. Na, dieser atmosphärische Zigarrenabscheider funktioniert auch nicht mehr recht. Meine Firma bringt einen Patentabscheider „Knap-Knaps“ in den Handel, den ich Ihnen aufs wärmste empfehlen kann. Ich glaube, ich habe sogar ein Stück mit — o je, sehen Sie nur — darf ich es Ihnen anbieten?“

„O hä!“ aber womit kann ich mich vergewissern?“

„Ach hä!“ Na — dieser Huber Andrederl ist Geometer geworden, soweit ich erfahren habe...“

„Sehen Sie, und ich bin Schriftsteller.“

„Schriftsteller? Donnerwetter! Aha! Darum war mir Ihr Name gleich so bekannt! Johann — Georg — Huber. Ganz richtig, den Namen habe ich schon oft und oft gelesen. Sie haben das große, berühmte Werk — wie heißt es nur wieder? — herausgegeben...“

lassen! Fort mit aller Angst und allen irdischen Ausreden! Zeigt Mut und Entschlossenheit, Opferstun und Selbstopfer und trete ein in die Organisation der christlich-nationalen Metallarbeiter.

Reichstagsarbeiten

B. S. Ueber verschiedene Vorgänge während der letzten Reichstagsession 1913/14 ist bereits berichtet worden. Dabei wurde auch die Tätigkeit der Abgeordneten-Kollegen aus dem Arbeiterstand gemeldet. Mancher meint, daß durch Reden der Abgeordneten allein schon jede Beschwerde abgestellt, die verschiedenen Wünsche erfüllt und geschickte Maßnahmen durchgeführt werden könnten. Es trifft zuweilen zu, wenn eine Ungerechtigkeit offen zu Tage tritt, daß Wünsche als berechtigt auch von der Mehrheit des Reichstages, sowie vom Bundesrat anerkannt werden oder die Schaffung eines Gesetzes sich als dringend erweist. Die Rede des Abgeordneten findet zwar weites Gehör, sie dient vielfach zur Unterrichtung des Reichstages, der Propaganda für eine Sache, zur Orientierung weiter Kreise, zur Vorbereitung oder Begründung eines Antrags oder Gesetzentwurfs. Bleibt der Abgeordnete allein, werden seine Ansichten nicht geteilt und von der Mehrheit des Reichstages nicht übernommen, so ist sein Mühen zunächst umsonst. Es gehört oft ein großes rednerisches und taktisches Geschick dazu, eine Mehrheit für eine Forderung zu interessieren und zu gewinnen. Bei der Stille der Parteien und den recht verschiedenen Ansichten, namentlich in wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen ist das erklärlich. Manchmal führt die „bo ut des“-Taktik zum Erfolg: Die eine Richtung oder Partei stimmt einem Vorschlag oder Antrag zu, um andererseits für den eigenen Wunsch oder Vorschlag Unterstützung zu erhalten. Erst die

Beschlüsse des Reichstags,

die Willensmeinung einer Mehrheit, sind ein Faktum über das der Bundesrat nicht so leicht hinweggehen kann. Nach den Bestimmungen der Verfassung ist der Bundesrat ja in der Lage, über Beschlüsse des Reichstages hinwegzugehen, wie der Reichstag seinerseits auch Vorlagen des Bundesrats ablehnen kann. In der letzten Session sind nun als gemeinsame Willensäußerungen in sozialer Hinsicht eine Anzahl Resolutionen angenommen worden. Beim Etat des Reichskanzlers wurde verlangt: Vorlage eines Gesetzentwurfs zum Schutze des Wahlgeheimnisses gegen amtliche und private Nachforschungen die Ausübung eines auf Gesetz beruhenden geheimen Wahlrechts.

Am 19. Mai 1914 wurde eine weitere Resolution angenommen, in der die verbündeten Regierungen ersucht werden Gesetzentwürfe vorzulegen, welche bezwecken: 1. den Schutz und den weiteren Ausbau des Koalitionsrechts und Strafen für jene, die den Gebrauch des Koalitionsrechts durch irgend welche Maßnahmen verhindern wollen; 2. die Sicherung und weitere Ausgestaltung der Tarifverträge; 3. eine auf freihändlerischer Grundlage aufgebaute Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine. Die Errichtung einer Zentralkasse zur Förderung der Tarifverträge und Ausbau dieser Stelle zu einem Reichseinigungsamt wurde ebenfalls, mit einer großen Mehrheit verlangt. In der angenommenen Resolution Nr. 1688 wird der Reichskanzler ersucht, im Interesse des Schutzes der Helmarbeiter auf eine beschleunigte Durchführung des

Haushaltsgegesetzes

hinzuwirken. In einem weiteren Gesetzentwurf, den der Reichstag verlangt, sollen die Bestimmungen über die Unpäßbarkeit des Arbeitslohnes für Angestellte und Arbeiter über die bisherige Grenze hinaus erweitert werden.

Beim Etat für die Reichspost- und Telegraphenverwaltung wurde eine, auch die übrigen Ressorts angehende Resolution angenommen, in der der Reichskanzler ersucht wird, in den einzelnen Verwaltungen insbesondere bei der Reichspost, der Reichspost und der Betriebsverwaltung der Reichseisenbahnen darauf zu dringen, daß Beamten- und Angestelltenaus-schlüsse errichtet werden.

In einer von allen bürgerlichen Parteien unterzeichneten und angenommenen Resolution wird die Aufstellung einheitlicher Grundzüge für die Arbeits- und Rechtsverhältnisse des Krankenpflegepersonals verlangt. Ueber die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in der

Groß-Eisenindustrie

sollen durch das Reichsgesundheitsamt Erhebungen angestellt werden. Nach einer weiteren Resolution ist die Arbeitszeit, ins-

„Nein, an selbständigen Buchwerken habe ich bis jetzt nichts an die Öffentlichkeit gegeben. Ich arbeite nur für Zeitschriften.“

„Für Zeitschriften? Das ist aber schade! Sie sollten Ihre Arbeiten in Sammelbänden herausgeben. Darf ich Ihnen dienen? Meine Firma übernimmt Druck und Kommissionsverlag zu glänzenden Bedingungen! Sie zahlen lediglich die Herstellungskosten und find mit einem Schläge ein berühmter Mann. Ihre Werke erscheinen dann in unserer Verlagsabteilung „Weltbücherei“ und — Sie kennen doch die violetten 50-Pfennig-Bändchen?“

„Ich kenne sie nicht und schweig deshalb.“

„Natürlich kennen Sie dieselbe? Aber, Donnerwetter, es scheint, ich habe mich mit Ihrem alten, rostigen Zigarrenabscheider wirklich gekümmert. Wie unvorsichtig! Gottlob, daß ich das bekannte Heftplaster meiner Firma — Sie kennen doch „Salvator-Plaster?“ — stets mitführe. Ich lasse Ihnen mit Vergnügen einen Karton da. Aber wie leicht können durch derartige Instrumente die schrecklichsten Katastrophen entziehen! Denken Sie nur, das Ding ist rostig und die Blutvergiftung, die meist einen tödlichen Ausgang nimmt, ist fertig. Sie bringen dadurch nicht bloß über sich, sondern auch über Ihre Frau und Familie das größte Unheil.“

„Ich bin unverheiratet.“

„Ausgezeichnet! Sie haben ganz recht getan, nicht zu heiraten, wenigstens bis jetzt nicht. Meine Firma bietet Ihnen nämlich in dieser Hinsicht eine Auswahl ohnegleichen. Wir führen nur Damen von 50000 M. aufwärts und beanspruchen lediglich 10 Proz. Provision, zahlbar in monatlichen Raten a 20 M. vom Trauungstag an. Sie sehen, daß wir unsern Kunden in kulanter Weise entgegenkommen...“

„Nein, danke, ich heirate wirklich nicht. Eine Frau wäre der meinem Berufe eine zu große Störung.“

„Gut, dann nehmen wir eine Haushälterin. Wir vermieten perfekte Haushälterinnen mit Beköstigung von 30 Mark monatlich aufwärts. Da Sie eine solche nach unsern Bedingungen jederzeit ohne Kündigung entlassen können, ersparen Sie sich jede peinliche, Ihren herrlichen Beruf schädigende Aufregung.“

besondere die Sonntags- und Nachtruhe in der Binnen- schiff- fahrt und Flößerei zu regeln. Die Nachtarbeit für Ju- genblüche unter 18 Jahren soll verboten werden. Weiter wurde der Reichskanzler ersucht eine Denkschrift über das Ar- beits- und Rechtsverhältnis der außerhalb des Beamtenverhält- nisses in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen vorzulegen.

Mehrere Resolutionen, die beim Etat des Reichsamt des Innern angenommen wurden, haben Bezug auf die Reichs- versicherungsordnung. Diese soll dahin geändert werden, daß hinter dem Par. 572 ein neuer Paragraph eingefügt wird: Ist die Rente ganz oder teilweise nach dem Arbeitslohn be- rechnet, so tritt mit der Erhöhung des Ortslohnes auch eine entsprechende Erhöhung der Rente ein. Eine Denkschrift soll zur Darfstellung bringen, wie sich die Grundzüge und die Durch- führung des Heilverfahrens bewährt haben.

Nicht unerwähnt darf bleiben die Resolution auf freiheldliche Ausgestaltung des

Reichs-Vereinsgesetzes.

Das Verbot der Teilnahme jugendlicher Personen an politischen Vereinen und Versammlungen soll beseitigt werden; ebenso der Sprachenparagraf. Das Recht der Polizeibehörden, Beauftragte in öffentliche Versammlungen zu entsenden, soll in einschränkendem Sinne klargestellt, sowie die Ausübung des Versammlungsrechts über die Polizeistunde hinaus gesichert wer- den. Eine Resolution, welche verlangte, daß Streikposten nicht gebildet werden, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen eine Resolution angenommen, die eine Zusammenstellung über

Auswähle des Koalitionsrechts

in einer Denkschrift fordert. Hierbei war in erster Linie an Vor- kommnisse in der Arbeiterbewegung gedacht, weshalb unsere Kollegen, um ein Gegengewicht zu schaffen, beantragten, daß auch Auswähle im gesellschaftlichen und politischen Leben, die bei anderen Ständen vorkommenden, mit in die Denkschrift auf- genommen werden. Auch dieser Antrag fand Annahme.

Weitere Willensäußerungen bekundete der Reichstag bei der Verabschiedung von Petitionen, die je nachdem zur Berücksichtigung, Erwägung oder als Material dem Herrn Reichskanzler über- wiesen wurden.

Eine Unmenge sozialer und wirtschaftspolitischer Fragen ist durch Reden der Abgeordneten, Anträge der Parteien und Be- schlüsse des Reichstages berührt und ihre Lösung gefordert worden. Der Erfolg steht dahin. Die Regierungsvertreter üben Zurückhaltung und nehmen in vielen Fällen zu den For- derungen überhaupt keine Stellung. Der Bundesrat wird sich mit den Beschlüssen des Reichstages noch zu befassen haben. Seine Entschlüsse über die Resolutionen und Anträge werden dann dem Reichstag mitgeteilt. Einige

Zufügen der Regierung

Können heute schon registriert werden. Zur Untersuchung der Verhältnisse auf dem Gebiete des städtischen Immobilienkredits ist die Einberufung einer Sachverständigenkommission in Aussicht genommen. Werden Mißstände auf diesem Gebiete beseitigt, so kommt das dem Wohnungsbau zugute. Zur Ein- schränkung der Verfügungen über Miet- und Pachtzins- forderungen soll ein Geszentwurf an den Reichstag gebracht werden. Ein weiterer Geszentwurf will den Handel mit Schusswaffen regeln. Ueber die Beziehungen des englisch- amerikanischen Tabaktruffs zur deutschen Zigarettenindustrie sind Untersuchungen eingeleitet. Das Resultat derselben gibt vielleicht Anlaß zu gesetzgeberischen Maßnahmen. Zur Regelung des Theaterwesens ist ein Geszentwurf bereits ausge- arbeitet. Auf dem Gebiete der Sozialversicherung ist hinsichtlich der ausländischen Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen eine Rente in Aussicht genommen. Der Anspruch der Hinter- bliebenen eines versicherten Ausländers, die außerhalb der deut- schen Grenze wohnen, wird nach der R.-V.-D. nicht voll aus- bezahlt. Nach Par. 1268 kann der Bundesrat für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige aller Staaten, deren Geset- zgebung eine entsprechende Fürsorge gewährleistet diese beschrän- kende Bestimmung aufheben. Ein diesbezüglicher Beschluß des Bundesrats ist in die Wege geleitet.

Bei Beratung der einzelnen Etats sind von den Vertretern der Regierung oder der betreffenden Verwaltung dann noch einige Zusagen gemacht worden, die sich auf Wünsche und Petitionen des unterstellten Personals beziehen. Darauf näher einzugehen, ist an dieser Stelle nicht möglich.

Mir wurde zweierlei. Was wollte ich diesem Ungeheuer noch entgegnen? Auf jede Abfrage mußte er ein neues Wage- bot.

„Ich brauche wirklich nichts, weder eine Person, noch eine Sache. Auch in der Lebensversicherung bin ich schon, zwei- mal sogar.“

„Wie Sie das sagen! Als ob ich mich Ihnen aufdrän- gen wollte. Aber gewiß nicht. Ich will Sie auch wirklich nicht länger stören. Nur in Ihrem eigensten Interesse möchte ich Sie noch bitten, die Versicherungsbedingungen meiner Firma an der Hand dieses Prospektes, den ich Ihnen dalasse, mit denen Ihrer Anstalten zu vergleichen. Ich bin überzeugt, daß Sie noch heute Ihre bisherigen Versicherungen kündigen und zu uns kommen. Bedenken Sie, wir haben sogar — ohne Prämienerrhöhung! — eine Abteilung für Bierleichen und Scheintote!“

Ich schloß die Scham, Joim und Kerger kämpften in mir. Wenn ich nur den Menschen los hätte.

Gottlob! Da klingelte es wieder. Ein Besuch! Aber es war nur die Wäschfrau, die mir die Stärkemäße brachte.

„Seht wäre ich beinahe schon gegangen,“ meinte das Un- geheuer, „aber wenn ich noch eine Sekunde bleibe, geschieht es wiederum in Ihrem eigensten Interesse. Zwei Dinge lassen Sie mich noch besprechen, bitte. Ihre Klingel und Ihre Wäsche. Sehen Sie“ — er nahm aus dem Wäschebündel einen Krager heraus — „dieser Krager ist zu steif gebügelt und überdies ausgefranzl. Das kommt aber nicht vom Krager, son- dern vom Bügeln. Wenn Sie auch in Wäsche als moderner Schriftsteller mit der Zeit gehen wollen, dann wählen Sie nur zwischen zweien: entweder Keimenwäsche aus diesem Katalog, die Ihnen in unserer eigenen Anstalt gereinigt wird, oder Donnerwäsche aus diesem Katalog. Letztere würde ich Ihnen besonders empfehlen können —“

„Mein Herr, ich habe wirklich nicht mehr Zeit. Ich muß —“

„Nur noch die Klingel, bitte! Das geht einem durch Mark und Bein, wie das lärm und schrill! Es scheint, sie stammt noch aus Methusalams Zeiten, uwalles System. Wenn Sie in Ihrem Verufe nicht vorwärts kommen, dann ist diese

Der sozialdemokratische Gewerkschaftstongreß (Schluß.)

M. G. Auf die Differenzen, die in der Frage der Grenz- streitigkeiten unter den verschiedenen Verbänden spielen, von denen manche einem künftigen Schlichtungsgericht nur recht wenig Freude abgewinnen können, haben wir im letzten Aufsatze hingewiesen. Die Transportarbeiter wollten die endgültige und bindende Entscheidung dieser Schlichtsgerichte nicht schlucken und so war zu befürchten, daß trotz des mit überwältigender Mehrheit abgegebenen Votums des Kongresses für das Schlichtsgericht, neue Differenzen um die Anerkennung solcher Schlichtsprüche ausbrechen würden. Schumann = Berlin von den Trans- portarbeitern hatte darauf mit nicht mißzuverstehender Deut- lichkeit hingewiesen. Dem suchten nun die Metallarbeiter durch einen von Schlicke gezeichneten Zusatzantrag zu der langen Resolution über die Grenzstreitigkeiten abzuhelfen. Die be- reits geschlossene Diskussion wurde noch mal eröffnet und es ist dem Antragsteller auch gelungen, einen fast einstimmigen Be- schluß herbeizuführen, der gegen die Entscheidung des Schlichts- gerichtes eine Beschwerde an die Vorländerkonferenz zuläßt, „wenn diese Beschwerde durch Verstöße gegen bestehende Ge- werkschaftsgrundsätze und im Verfahren begründet ist“. Da- gegen wurde ein Antrag abgelehnt, der eine Zeit festgesetzt wissen wollte, in der die durch Schlichtsgericht hierzu verpflichteten Verbände ihre Mitglieder an die Verbände zu überweisen haben, zu denen sie gehören.

Zu den Unterstützungen bei Streiks und Aus- sperrungen wurde ebenfalls eine längere Entschliekung vorgelegt. Grundsätzlich heißt es darin, daß die Lohnbewegun- gen und die Beschaffung der dazu nötigen Mittel, zunächst eigenlie Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft sei, daß aber in besonderen Fällen die Generalkommission ermächtigt ist, die Beschaffung finanzieller Mittel auch ihrerseits durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen“. Die weiteren Be- stimmungen sind ziemlich ausführlich und lassen darauf schlie- ßen, daß bislang nicht immer die besten Erfahrungen ge- macht wurden und man die Schraube etwas schärfer anziehen will.

In einer besonderen Resolution wurden Tätigkeit und Aufgaben der Gewerkschaftskartelle festgelegt, denen ja auch auf Seite der christlichen Gewerkschaften mehr Auf- merksamkeit geschenkt werden soll, wie unser Dresdener Kon- greß gezeigt hat. Mit dem Boykott, der vielfach von Kar- tellen verhängt wurde, scheint man ebenfalls nicht zufrieden zu sein; ein Redner war der Meinung, daß man mit Boykott- Verhängungen vorsichtig sein mußte.

Auch Massenstreik und Malfeteer spielen eine wenn auch untergeordnete Rolle auf dem Kongreß; immerhin ein neuer Verweis dafür, daß der Traum des ersten noch lange nicht ausgeräumt ist und daß man an der Malfeteer wenig Freude erlebt. Eblemann, ein Metallarbeiter und Redakteur an der Leipziger Volkszeitung, wollte zur Ver- teidigung des Koalitionsrechtes auch den Massenstreik in An- wendung gebracht wissen, zog aber diese Forderung zurück; eine grundsätzliche Ablehnung des Massenstreiks hatte man aber von dem Bureau des Kongresses und auch von den Refe- renten vergeblich erwartet.

Die Malfeteerfrage kam in Verbindung mit einer ganz gelinden Heiberei vor das Forum des Kongresses. Die Jahrsheile Walfenbüttel des sozialdemokratischen Metallarbeiter- verbandes verlangte in einem Antrage, der aber nicht genügend unterstützt wurde, die „Malfeteer so festzusetzen, daß es auch den Arbeitern möglich ist, den 1. Mai zu feiern, andernfalls auch die angestellten Beamten zu arbeiten haben“. Das Gewerkschaftskartell Eckernförde beantragte, in seinem ebenfalls nicht unterstützten Antrage, die Abschaffung des Maimarkensystems und die Erhebung eines Extrabeitrages von 5 Pfg. pro Mit- glied und Monat. Der Kongreß aber hatte keinerlei Lust, darüber zu diskutieren wohl in der nicht ungerechtfertigten Annahme, daß zu diesem Punkte heuer noch der Internationale Kongreß in Wien und der Parteitag in Würzburg genug reden werden.

Das Referat über die Volksfürsorge, erstattet von Gustav Bauer-Berlin war zweifellos eines der schwächsten. Es bewegte sich ziemlich viel in Gemeinplätzen, war mit zahlreichen Ausfällen gegen die anscheinend recht empfindliche Konkurrenz der Deutschen Volksversicherung gespickt und wohl auch nur auf eine rein agitatorische Wirkung auf die Kongreßdelegierten

berechnel. Ein Antrag, bei der Volksfürsorge noch die Feuer- versicherung anzugliedern, wurde abgelehnt, da seiner Durchfüh- rung noch gesetzliche Hindernisse im Wege stehen. Daß die Gelber der Volksfürsorge Bauwesenvereine und Konsumvere- einen dienstbar gemacht werden sollen, ist nicht neu, aber für unsere eigene künftige Agitation auf dem Gebiete nicht ohne Wert.

Zur „Handhabung des Reichsvereinsgesetzes sprach Dresden-Hannover, der stellenweise auch ziemlich scharfes Geschick aufwies und den Vorwurf der politischen Betätigung der Gewerkschaften damit zu entkräften suchte, daß er meinte, es hätten eben nur einzelne Jahnstellen zu politischen Zwecken Geld gegeben. Er führte u. E. sehr mit Unrecht Klage darüber, daß gegenüber den christlichen Gewerkschaften eine andere, mildere Rechtsauslegung statfinde, vergaß aber dabei, den fundamentalen Unterschied ins Feld zu führen, der in der grundsätzlichen Auffassung der Arbeiterfrage und der Bestre- bungen zu ihrer Lösung zwischen den beiden Richtungen besteht und der just zur Gründung der christlichen Gewerkschaften führen mußte. Nach einer Aufzählung der Wünsche inbe- zug auf Aenderung des Vereinsgesetzes wird in der Resolution die Generalkommission beauftragt, „alle Fälle einer ungleichen, die Verbände der Unternehmer, der vaterländischen gelben Arbeiter und bürgerlichen Jugendvereine bevorzugen den An- wendung des Vereinsgesetzes zu sammeln und zur Erreichung eines freien Vereins- und Versammlungsrechtes zu ver- werten“.

Das Referat über Arbeitswilligenbeschuh, erstat- tet von Schlicke-Stuttgart, konnte besonders Neues nicht brin- gen; es war ihm, wie manchen anderen Vorträgen, der dritte deutsche Arbeiterkongreß durch seine entscheidende und sachliche Stellungnahme zuvorgekommen. Die von Schlicke vorgelegte Resolution wurde einstimmig angenommen, nachdem neben an- deren Debattierednern Fröhlich-Köln darauf hinweisen zu müs- sen glaubte, daß „der Massenstreik nicht mehr überflüssig sei, wenn solche Bluturteile wie in Lößtau fallen“.

Die Bestrebungen des Verbandes deutscher Arbeitssachverständiger behandelte Neumann-Berlin, dessen Entschliekung nach einer ziemlich regen Debatte, in der wieder- holt der Schmerz durchdrang, daß der Stuttgarter Arbeitsnach- weis den Händen der Sozialdemokraten entvunden ist, einstim- mig angenommen wurde. Die Entschliekung weist „den An- spruch der Unternehmer, allein den Arbeitsnachweis zu beherr- schen, entschieden zurück und sieht die beste Lösung in einer ge- setzlichen Regelung, die alle paritätisch organisierten Arbeits- nachweise anerkennt und zu gemeinsamem Wirken verpflichtet. In der Bekämpfung der tarifistischen Sacharbeitsnachweise durch den Verband deutscher Arbeitsnachweise erblickt der Kongreß eine verhängnisvolle Schädigung der gesamten Arbeitsver- mittlung, wie auch der gesamten Entwicklung des Arbeitsrechtes auf paritätischer Grundlage“.

Die Arbeitslosenfürsorge, die nun als Thema allerdings auch nichts besonders Neues bringen konnte, behan- delt in großzügiger ruhiger Weise Winnig vom Bauarbeiter- verband, dessen Diskussionsrede zu diesem Problem auf dem letzten Parteitag der Sozialdemokraten in Sena schon hervor- ragend abstand gegen das Gepolter, das damals der bayerische Landtagsabgeordnete Timm in vollführte. Dem letzteren hatte man auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß das (letzte) Referat übertragen, um sich über den Einfluß der Le- bensmittelsteuerung auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklassen auszutoben. Wenn auch Timms Ausführungen an das musterklügliche Referat Steger- walds zum gleichen Thema auf dem III. deutschen Arbeiter- kongreß nicht entfernt heranzureichen, so ist doch anzuerkennen, daß auch er die sonst bei solchen Vorträgen von dieser Seite auf- gemerkte Enttäuschung zu einem guten Teil unterdrückte. Daß jedoch seine Resolution ohne eine Wortmeldung hierzu ein- stimmig angenommen wurde, ist doch wohl mehr auf die Kongreßmüdigkeit der Delegierten, denn auf die Unanfechtbar- keit der Timm'schen Ausführungen zurückzuführen. Von In- teresse ist an der Resolution, daß sie „die arbeitenden Schichten des deutschen Volkes erneut zum konsumgenossenschaftlichen Zusammenschluß ermahnt, und neu, wenn sie zur Unterstützung der gemeinnützigen genossenschaftlichen Kleinwohnungs- bestrebungen auffordert“.

Vor dem Timm'schen Vortrage sprach Leipart, der Vor- sitzende des Holzarbeiterverbandes in zweifellos interessanter Weise und als Realpolitiker über die gesetzliche Rege- lung der Tarifverträge. Die von ihm vorgelegte Resolution wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Die Gewerkschaften fordern nicht schon jetzt eine gesetzliche Rege-

klingel schuld, deren Lärm keine Schwung der Phantasie ver- nichtet. Sie werden mir erlauben, daß ich Ihnen morgen einen unserer Spezialingenieure zur Gratisaufnahme eines noch un- verbindlichen Kostenvoranschlages herbestelle. Wir liefern Pa- tentkautschuk mit Gongschlag. Wie wohlthuend muß das —“

„Hinaus, hinaus, hinaus!“

Und er ging. Aber unter der Türe wandte er sich noch einmal um: „Ich habe Ihnen mein Ehrenwort gegeben, daß ich gehe. Und ich gehe auch, wie Sie sehen, wenn ich auch bedauere, die kostbare Zeit bei Ihnen umsonst verströbelt zu haben. Ich hätte in dieser halben Stunde für mehrere tausend Mark Abschüsse machen können. Aber, Gott sei Dank, hat man es nicht immer mit so stupiden Idioten wie Schriftstellern zu tun —“

„Wie sagten Sie?“

„Ich riß den Revolver aus der Schublade meines Schreib- tisches und zielte: „Entweder — oder! Eins — zwei — dr...“

„Drei!“ sagte das Scheusal und stand wie ein Fels.

„Hören Sie auf, ich habe wirklich schon Kopfschmerz.“

„Kopfschmerz? Sehen Sie, das kommt von Ihrer Klingel! Gegen dieses nervöse Kopfschmerz gibt es nichts Vorzüglicheres als unsern elektrischen Kopfmassagegürtel „Zentrifugal“ a 5 Mark. Ich werde Ihnen ein Exemplar überreichen lassen, zunächst zur Probe. Bei Nichtkonvenienz verpflichten Sie sich nur zur Rücksendung franko gegen franko.“

„Ich will nichts und sende nichts zurück. Lassen Sie mich endlich ungeschoren!“

„Sie senden den Gürtel nicht zurück? Ganz recht. Sie sind also von vornherein von seiner vorzüglichen Wirksam- keit überzeugt. Aus Erkenntlichkeit lasse ich Ihnen unser bekanntes Kochbuch für Geistesarbeiter mitgehen, Sie wer- den Ihren Bedarf an Konserven —“

„Hinaus!“

„Ich riß die Türe auf, daß sie in den Angeln ächzte.“

„Eine Sekunde noch! Nur eine einzige Sekunde noch! Haben Sie das Kreischen und Knarren der Türhänder gehört? Tota! verrotzt! Wenn Sie es nicht vorziehen, die Metall- telte Ihrer Türen durch unsere immunen Stahlbänder neu

montieren zu lassen, dann nehmen Sie wenigstens unser Schmieröl, Weltmarke „Imperator“; drei Tuben a 35 Pfg. reichen.“

„Ich reiche auch! Hinaus, sage ich, oder —!“

„Ich gehe schon! Ich gehe ja! Sie sehen doch, daß ich gehe? Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, daß ich gehe. Ge- nügt Ihnen das nicht?“

Ich zerte an seinen Rockflügeln mit einer Kraft, die eng- lisch Leder wie Zeitungspapier zerrissen hätte. Aber diese Rockflügel hielten. Der Mann stand unbeweglich. Triumph leuchtete aus seinen Augen.

„Sehen Sie? Sehen Sie? Wenn ich nun gegangen wäre, wer weiß, ob Sie in Ihrem Leben noch Gelegenheit gehabt hätten, unsere unzerstörbaren Kleiderstoffe kennen zu lernen. Ich trage den Anzug sieben Jahre. Wenn Sie sich keinen solchen Anzug bestellen, dann sind Sie —“

„Was bin ich?“

„Ein Esel!“ Mit aller Seelenruhe sagte er es.

„Welch unerhörte Beleidigung! Ich werde Sie verklagen.“

„Bitte, tun Sie's nur ruhig. Erst vorige Woche hatte ich den glänzenden Nachweis für die Wahrheit meiner Behaup- tung erbracht, der Kläger hatte die Kosten zu tragen und wurde in allen Witzbüchern karriert, und die Gerichtsherren gaben mir je einen Anzug aus unserm Universalstoff in Auftrag. Also verklagen Sie mich, Sie, Sie Esel!“

Ich hob den Revolver wieder. Er sagte kaltblütig lächelnd:

„Was wollen Sie mit dem Instrument? Wenn Sie losdrücken, kracht es. Das Haus dröhnt von der Detonation, die Leute laufen zusammen, Sie werden verhaftet. Wenn Sie schon schreien wollen, dann legen Sie sich unsern knall- und rauchlosen Repetierrevolver „Tarnkappentreff“ bei. Mit dieser Waffe können Sie in einer Minute fünf Duzend Individuen den Garaus machen mit einer Lautlosigkeit, daß Sie einen Floß husten hören. Hier ist die Waffe.“

„Geben Sie her! Preis?“

„50 Mark.“

„Hier.“ — Er steckte die 50. Mark ein und ging, ging wirklich.

lung der Tarifverträge, weil der Boden hierfür noch lange nicht als genügend geerntet betrachtet werden kann, sie fordern vielmehr, um der gedeihlichen Entwicklung der Tarifverträge zu dienen, völlige Freiheit für ihre auf Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter gerichtete Bewegung.

Die verschiedenen Referate, die auf dem Kongress gehalten wurden, waren — um ein Gesamteres zu geben — in qualitativer Beziehung ziemlich ungleich, doch haben sich die Redner des Kongresses sowohl in Referaten wie in der Diskussion vor großen Ausfällen gegen die christlich-nationale Arbeiterbewegung, insbesondere die christlichen Gewerkschaften, im Allgemeinen freigehalten. — Das beweist, wie sehr die christliche Arbeiterbewegung in den letzten Jahren in ihrem Ansehen bei Freund und Feind gewachsen ist. Und zeigt dies nicht auch, daß die Sozialdemokratie allmählich zu begreifen beginnt, daß an eine Ueberwindung dieser Arbeiterbewegung nicht mehr zu denken ist. Deshalb und nicht zuletzt wohl auch in Rücksicht auf die der sozialdemokratischen Gewerkschaften dormalen recht unzulässige preußische Regierungslast hat der Münchener Kongress eine ganz auffallende Schwänkung gemacht; die ihn präzisiert die Tätigkeit der „bürgerlichen Sozialreform“ anerkennen und die gegenseitige Arbeit, insbesondere die Mitarbeit der Gewerkschaftssozialdemokraten begrenzbar erscheinen ließ.

Schlische hat in seinem Schlusswort sich sogar zu einem Dank an die Vertreter der sozialpolitischen Richtungen der bürgerlichen Parteien aufgeschwungen, der im Zeitalter der gegenwärtigen gewerkschaftsfeindlichen Strömungen zweifellos über eine bloße Höflichkeitshinweis hinaus Bedeutung haben sollte. Die Leser unseres Verbandsorganes freilich, die Tag für Tag die Genossen in den Werkstätten von oft recht unangenehmen Seiten kennen lernen müssen, wird dieses Sonntagsgesicht der Leiter der Kongresses nicht irre machen. Dafür sorgt schon die sozialdemokratische Parteipresse, die den Kongress und seine Arbeit nur von ihrem Gesichtswinkel aus betrachtet.

„Klassenkampf war alles, was unter der harmlos klingenden Tagesordnung: Berichte des Arbeiterinnensekretariats, der Sozialpolitischen Abteilung und des Zentralarbeitssekretariats dem aufmerksam lauschenden Kongress vorgebracht wurde“, so schrieb schon am zweiten Kongressstage die Frankfurter Tagespost (Nr. 144) in Nürnberg.

Klassenkampf aber ist das, so folgern wir, was wir als Anhänger der christlichen Arbeiterbewegung, des christlichen Sozialismus stets bekämpfen müssen und bekämpft werden, weil er den Weg zum wahren sozialen Frieden niemals ebnen kann.

Allgemeine Rundschau

Die Arbeitslosenversicherung in Baden

Ueber die Arbeitslosenversicherung wurde in der Budgetkommissionsitzung der 2. badischen Kammer am 14. und 24. Juni von der Kammer selbst beraten. Man beschloß, die Regierung aufzufordern, in einem Nachtragsetat 25 000 Mark zu bewilligen. Diese sollen denjenigen Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung nach dem Freiburger System haben — d. h. Zuschüsse an Berufsvereinigungen und an unorganisierte Sparer gewähren, — zugewiesen werden und zwar die Hälfte der von ihnen für diesen Zweck aufgewendeten Summen. Minister von Bodmann vertrat den ablehnenden Standpunkt der Regierung und erklärte, daß die Arbeitslosenversicherung nur durch das Reich wirksam durchgeführt werden könne auf Grund eines gesetzlichen Zwanges. Der Einzelstaat könne das aus dem Grunde nicht, weil er sonst zum Anziehungsgebiet der Arbeitslosen würde. Er werde aber die gesetzliche Regelung dieser Angelegenheit im Auge behalten und alles tun, was zur Linderung der Arbeitslosennot geschehen könne.

Solche Töne sind nun schon seit Jahren in deutschen Reiches erklingen und noch immer nicht ist man aus dem Stadium der Ermüdungen herausgetreten. Das Reich schob die Sache den Einzelstaaten zu, diese wälzten sie auf die Kommunen ab, die Kommunen aber wandten sich wieder an das Reich. So geht's im gleichen Kreislauf durch viele Jahre und geschehen ist nichts. Alle einsichtigen Vaterlandsfreunde sollten mit aller Energie darauf drängen, daß diese Sache endlich geregelt wird. Die Arbeiter haben sich in guter Konjunktur für die Allgemeinheit geplagt und da können sie mit vollem Recht verlangen, daß die Allgemeinheit sie bei niedergehender Konjunktur nicht im Stich läßt.

Der Verband christlicher Schneider und Schneiderinnen

hat nach dem Jahresbericht für 1913 seine Mitgliederzahl in dem Berichtsjahre von 4818 auf 4999 gesteigert, was eine Zunahme von 181 ausmacht. Weibliche Mitglieder zählt der Verband 492. Der Jahresbericht verzeichnet eine Einnahme der Hauptkassa von 103 220 Mk. und eine Ausgabe von 89 087 Mk.; bleibt ein Ueberschuß von 14 133 Mk. Das Verbandsvermögen stieg von 33 156 Mk. auf 50 825 Mk. Für Unterstützungszwecke und Aufwendungen bei Streiks und Tarifbewegungen wurden 22 062 Mk. verausgabt. Es wurden im vergangenen Jahre 35 Tarifverträge neu abgeschlossen. Am Jahresabschluss war der christliche Schneiderverband insgesamt an 122 Tarifverträgen beteiligt, die sich auf 5702 Geschäfte mit 40245 Personen erstrecken. Darunter waren 4631 Verbandsmitglieder. Durch die Bewegungen und Tarifabschlüsse wurden für 1263 Mitglieder in 35 Orten Lohnerhöhungen im Gesamtbetrag von 133 073 Mk. erzielt. Pro Kopf des beteiligten Mitgliedes macht das eine Steigerung des Einkommens von 105 Mk. im Jahr aus. Ein Beweis, daß die Organisationsarbeit den Gehülften im Schneidergewerbe beachtenswerte Erfolge gebracht hat.

Der 10. Verbandstag der katholischen Arbeiter- und Knappen-Vereine Westdeutschlands

In dem imposanten Gebäude des städtischen Saalbauers in Essen hielten am 21. und 22. Juni die katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Westdeutschlands ihren 10. Verbandstag ab. Die Rückschau auf die zehnjährige Tätigkeit ergab ein großartiges Bild und zeigte in hellem Lichte die Tätigkeit der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands. Im Jahre 1904 mit 73 000 Mitgliedern gegründet, stieg die Zahl der Mitglieder bis Ende 1913 auf 222 000, die sich auf 1219 Vereine verteilen. Durch seine Organisation in Diözesanverbänden, durch sein Vertrauensmänner-system, seine Klassen- etc., gelang es dem Verband, immer weitreichenderen Einfluß zu erlangen, wobei er von der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ erfolgreich unterstützt wurde. Das Verbandsleben spielte sich untergeordnet in erster

Linie in den Vereinsversammlungen ab, deren Zahl im letzten Jahre 13 117 betrug und die neben ethisch-religiösen Fragen auch sozialpolitisches Rüstzeug brachten. Stets wurde betont, daß es Pflicht eines jeden Arbeitervereinsmitgliedes sei, sich in den christlichen Gewerkschaften zu organisieren, wie es umgekehrt auch notwendig sei, daß der Gewerkschaftler sich seinem konfessionellen Verein anschleße.

Fruchtbringend waren vor allen Dingen auch die in den letzten Jahren abgehaltenen Frauerversammlungen, die sich meist mit der Frage „über rationelle Einkommenserwerbung in der Familie“ beschäftigten. Durch eine große Anzahl Unterrichtskurse wurde strebsamen Mitgliedern Gelegenheit geboten, sich in sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen auszubilden, um so später ihren Arbeitskollegen als Führer zu dienen. Die Sekretariate erteilten im Berichtsjahre an 85 000 Personen 79 000 Auskünfte und fertigten 35 000 Schriftsätze an.

Das Ziel des Verbandes kann nicht besser gekennzeichnet werden, als durch die Losung: „Lebenskräftige Einordnung der Arbeiter als ein den übrigen Ständen gleichwertiger Stand in der Gesellschaft“. Unter dieser Parole standen die Essener Verhandlungen, in diesem Rahmen bewegten sich die Referate der Tagung, besonders aber die Rede des Verbandsvorsitzenden Dr. Pieper über „die Bedeutung der katholischen Arbeitervereinsbewegung für das Volksganze“, in denen er ausführte, daß die gewaltige Klasse der Arbeiterbevölkerung erst dann zur Ruhe kommen kann, und eine Bereicherung unseres Staats- und Gesellschaftslebens bilden wird, wenn sie sich zu einem den übrigen Ständen ebenbürtigen Stande ausgebaut hat, in organischer Eingliederung an das Volksganze. Dieses Ziel kann aber nicht erreicht werden allein durch die Schaffung von Staatsgesetzen, auch nicht allein durch die Bildung mächtiger Berufsorganisationen. Diese Frage ist im tiefsten Grunde eine Bildungs- und Erziehungsfrage, die in der Hauptsache durch die Selbstbetätigung der Arbeiter zur Aneignung dieser Bildung und Standeskultur gelöst werden kann.

Die Essener Tagung ist ein bedeutender und wichtiger Markstein in der Geschichte des westdeutschen Verbandes katholischer Arbeiter- und Knappenvereine.

Evangelische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften

Durch die sozialdemokratische Presse macht eine Notiz die Runde, die sich mit den Saarbrücker Tagung des Gesamtverbandes der evangelischen Arbeitervereine befaßt. Natürlich drückt das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den Wächter ab. In dem Artikel wird glauben zu machen versucht, als hätten die evangelischen Arbeitervereine in Saarbrücken eine Schwänkung zu den Selben vollzogen und die Metallarbeiterzeitung (Nr. 27) schreibt dazu: „Wir warten mit Vergnügen die kommenden Dinge ab.“ Damit nun die Metallarbeiterzeitung nicht um das Vergnügen kommt, die neuesten Dinge zu erfahren, sei ihr folgende Notiz aus dem „Evangelischen Arbeiterboten“ nicht vorenthalten. „Der Evangelische Arbeiterbote (Nr. 27/1914) schreibt bezugnehmend auf den Artikel in der roten Presse:

„Den alten Feind, die evangelischen Arbeitervereine in einem Gegensatz zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu bringen, versucht die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ aufs neue, in ihrer Nr. 147 vom 27. Juni. Mit großem Behagen verkündet das rote Organ:

„Die evangelischen Arbeitervereine ziehen sich von den christlichen Gewerkschaften zurück und wenden ihre Gunst den gelben Werkvereinen zu.“

Diese Behauptung wird gestützt durch eine Auslassung des „Werkverein“ (Nr. 25), in dem im Hinblick auf den Saarbrücker Verbandstag gesagt wird:

„daß in der Stellungnahme der evangelischen Arbeitervereinsführer zur Gewerkschaftsfrage ein gewisser Wandel zugunsten der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung eingetreten ist.“

Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die von den beiden feindlichen Brüdern — der „Dortmunder Arbeiterzeitung“ und dem Essener „Werkverein“ — aufgestellten Behauptungen den Tatsachen nicht entsprechen.

Bis auf eine verschwindende Minorität — die aber dennoch nicht als eine Förderin der gelben Bewegung angesehen sein will — steht der Gesamtverband fest und unerschrocken zu den alten Verbänden im Deutschen Arbeiterkongress. (Im Original fett gedruckt. Red.)

Von einer offenkundigen Wandlung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zu sprechen — wie es die „Dortmunder Arbeiterzeitung“ beliebt — ist mehr wie frivol.

Wenn aber dem „Evangel. Arbeiterboten“ Verdunkelungsfaktis vorgeworfen wird, so ist das eine offenkundige Unwahrheit. Wir haben von jeher frei und offen alle Vorgänge in unserer Reihen u. auch in denen der christlich-nationalen Gewerkschaften — sofern bei diesen öffentliches Interesse vorlag — besprochen, womit wir uns nicht immer das Wohlwollen einzelner Korporationen verdanken. Wir haben keinen Grund, die Verhandlungen der Saarbrücker Tagung, die sich in aller Öffentlichkeit abspielte, zu verheimlichen. Die Behauptung der „Dortmunder Arbeiterzeitung“, die christlichen Gewerkschaftsführer hätten eine heimlich unerbittliche Versprechung abgegeben, trägt das Stigma der Unwahrheit an der Stirn. Die Erklärung ist von den jüngeren Männern des Gesamtverbandes evgl. Arbeitervereine Westdeutschlands abgegeben, und diese haben in Nr. 19 des „Evangel. Arbeiterboten“ vom 7. Mai 1914 den Kameraden von dem Refus der Verhandlung Kenntnis gegeben. Des weiteren hat der Vorsitzende des Gesamtverbandes Herr Dr. Weber auf dem Saarbrücker Verbandstag ausführlichen Bericht erstattet. Die Verfassungskommission erklärte die Angelegenheit für erledigt.

Nach jährlängiger ist die Unterstellung, die Haltung des „Evangel. Arbeiterboten“ habe im evangelischen Arbeitervereinslager großen Widerstand gefunden. Die Stellungnahme des „Evangel. Arbeiterboten“ entspricht durchaus den Beschlüssen des Rhein-Westfälischen Verbandes, der am 3. August 1913 auf seinem Wülheimer Verbandstag mit 15 gegen 15 Stimmen folgenden Beschluß faßte:

„Der Verband evangelischer Arbeitervereine für Rheinland und Westfalen hat die Werkvereine in keiner Weise angegriffen. Dagegen sind von deren Seite wiederholt die schärfsten Angriffe gegen ihn erfolgt, namentlich auf die leitenden Persönlichkeiten. Es ist sowohl im Organ „Der Werkverein“ wie in der Versammlung der Werkvereine zu Düsseldorf die Forderung auf Befreiung unserer Führer erfolgt und die Mitglieder sind aufgefordert worden, zu diesem Zwecke in die evangel. Arbeitervereine einzutreten und in ihnen zu agitieren.“

Dem tritt der Verband mit aller Entschiedenheit entgegen. Er fordert von den Kreisverbänden und von den Vereinen, daß sie für die Durchführung der Grundsätze des Verbandes, insbesondere des sozialen Programmes des Gesamtverbandes

beschlossen am 24. Oktober in Kassel — Sorge tragen und daß sie keine Mitglieder in den Vereinen dulden, welche jenen Weisungen folgen und gegen unsere Grundsätze agitieren. Im übrigen erklärt der Verband, daß er an seiner Stellung zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung festhält und für das freie Koalitionsrecht seiner Mitglieder eintritt.“

Diese Willensäußerung besteht auch heute noch zu Recht. Es ist daher unverständlich, wie von einer Wandlung in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gesprochen werden kann. Hier ist wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens. Die „D. Arbeiterzeitung“ will mit Vergnügen die kommenden Dinge abwarten; das können wir ihr natürlich nicht verwehren. Aber warten kann sie auf den Kladderadatsch im christlich-nationalen Lager, wie auf den vielgepriesenen Zukunftsstaat. Daß die Sehnsucht der Genossen nach beiden Richtungen nicht gestillt wird, ist unser erstes Anliegen und das Ziel unserer Arbeit. Wir müssen nochmals — wie in Nr. 24 unserer Zeitung — den Genossen den Rat geben, alle Mühe zu sparen; wir lassen uns von keiner Seite „scharf“ machen. Wir bleiben die Alten, und damit: Punktum!

Hoffentlich wird sich bei der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ nach dieser Abfertigung das sehnsüchtig erwartete Vergnügen einstellen.

Streits und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzufenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.

Altenessen. Bei der Karosseriefabrik Wehling stehen die Arbeiter im Streik.

Breslau. Auf der Waggonfabrik Linke-Hoffmann stehen die Arbeiter im Streik.

Halle a. S. Das Maschinen- und Werkstattpersonal der Firma Döring und Lehmann Akt.-Ges. befindet sich in einer Lohnbewegung. Besonders die Gruben „Treue“, „Bismarck“, „Karoline“, „Hüddenstedt“ und „Trendlenbusch“ sind zu meiden.

Halle. Bei der Firma Adckermann stehen die Former wegen Akkordbahnen im Streik.

Krefeld. Die Klempner, Installateure und Kupferschmiede stehen in einer Tarifbewegung. Die Kollegen mögen sich, bevor sie Arbeit in Krefeld annehmen, zuerst an unsere Geschäftsstelle, Weststraße 35 wenden.

München. Die Arbeiter der Karosserie- und Zugswagenfabriken stehen im Streik.

Sofingen. Die Waffenarbeiter sind ausgesperrt.

Bierzen. Die Arbeiter der Firma Hamm stehen im Streik.

Warteln. Auf der St. Wilhelmshütte bestehen Differenzen.

München. In den letzten Jahren sind die Tarifverneuerungen im hiesigen Metallgewerbe in friedlicher Weise vollzogen worden. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer sind gut dabei gefahren. Anders geht es jetzt im Wagenbauergewerbe. Am 30. April lief die seit 1905 bestehende Arbeitsordnung ab. Schon Mitte Februar teilte Dr. Kuhlo, beauftragt vom Arbeitgeberverband, dem Gewerbeverband als Einigungsamt mit, daß dieser den Vertrag kündigte und überhaupt keinen neuen mehr abschließen würde. Was war geschehen, das den Arbeitgeberverband zu dieser Stellung veranlaßte? War es eine schlechte Geschäftslage oder hatte man mit der bisherigen Arbeitsordnung schlechte Erfahrungen gemacht. Keins von beiden. Die Konjunktur war wieder in aufsteigender Kurve begriffen und bis heute hatten die Wagenbauern mit und trotz des Vertrages einen glänzenden Aufstieg zu verzeichnen. Auch war das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter in den meisten Betrieben ganz lieblich.

Der tiefere Grund, weshalb die Arbeitgeber einen neuen Vertrag ablehnten, ist ein ganz anderer. Im Herbst v. J. haben sich die Münchener Arbeitgeber in einem Kartell zusammengeschlossen, um den Gewerkschaftskartellen gegenüber ein Gegengewicht zu bilden. An der Spitze des Kartells steht Dr. Kuhlo, Geschäftsführer des Verbandes Bayerischer Industrieller, der bekanntlich in Wort und Schrift das Tarifwesen bekämpft. Hier liegt der Hund begraben. Das Arbeitgeberkartell hat sich den Geist Dr. Kuhlos zu eigen gemacht, will darum keine Tarifverträge, kein Mitbestimmungsrecht, keine Mindestlöhne mehr.

„Um die Form zu erfüllen,“ (heißt es wörtlich) „riefen die Arbeitgeber das Einigungsamt an, nicht um zu einer ehrlichen Verständigung zu gelangen. (Heute suchen die Herren die Arbeiter als die bösen Friedensstörer dahin zu stellen, die keine Einigung wollten.) Die organisierte Arbeiterschaft hatte die ehrliche Absicht, zu einer friedlichen Verständigung zu gelangen. Die den Arbeitgebern überreichsten Vorschläge zu einer neuen Arbeitsordnung sind im Hinblick auf die in den letzten Jahren sehr gesteigerten Lebensverhältnisse, als mäßig anzusehen. Auf jeden Fall waren sie so gehalten, daß man darüber verhandeln konnte, wie folgende Aufstellung zeigt:

1. An Wochenendtagungen soll die Arbeitszeit soweit ver kürzt und eingeteilt werden, daß ein möglichst freier Nachmittag entsteht.

2. Sämtliche Löhne sollen jetzt um wenigstens 4 Pfg., die folgenden Jahre um wenigstens 3 Pfg. pro Stunde erhöht werden.

Die Mindestlöhne sollen den tatsächlich bezahlten Löhnen der einzelnen Branchen und den Lohnerhöhungen entsprechend festgelegt werden.

3. Bei Ueberzeitarbeit wird für die erste Stunde nach Arbeitschluss ein Zuschlag von 30 Proz., für jede weitere Ueberstunde, sowie für Sonn- und Feiertagsarbeit ein Zuschlag von 60 Proz. bezahlt.

4. Für die Sattler soll das Werkzeug geliefert werden.

5. Die übrigen Bestimmungen der bisherigen Arbeitsordnung sollen mit einigen Abänderungen, die nach Einigung über die Hauptpunkte geschehen sollen, bestehen bleiben.“ Aus der Antwort der Arbeitgeber auf diese Forderungen geht hervor, daß sie einen Tarifvertrag nicht mehr haben und nicht einmal über einen solchen verhandeln wollen, wie nachstehendes Schreiben beweist:

„In höflicher Beantwortung Ihres Briefes vom 20. cr. teilen wir Ihnen mit, daß wir nicht beabsichtigen, in irgend einer Form einen neuen Tarifvertrag nach Ablauf des bisherigen abzuschließen. Wir werden deshalb auch in irgend welche Verhandlungen vor dem Gewerbegericht nicht eintreten, sondern lediglich der Erscheinungspflicht Folge leisten. Wir erlauben Sie höflichst, hiervon die anderen Verbände verständigen zu wollen und zeichnen Arbeitgeber-Verband des Münchener Wagenbauergewerbes. (gez.) Dr. Kuhlo“

Noch vor Ausschluß versuchte das Einigungsamt des Gewerbegerichts eine Verständigung anzubahnen. Doch vergeblich. Die Arbeitgeber erklärten kategorisch, nur dann verhandeln zu wollen, wenn die Arbeiter sich von vornherein auf Mindestlöhne verzichten und auf Einführung von Akkordarbeit eingehen würden. Also wurde den Arbeitern zugemutet, die Früchte eines neunjährigen Vertrages mitberstandslos preiszugeben.

Die organisierte Arbeiterschaft trat darum — weil ihr kein anderes Mittel blieb — geschlossen in den Streik. Sie ist von dem Gedanken durchdrungen, daß sie nicht kämpft um des Kampfes willen, sondern um das Friedensinstrument, den Tarifvertrag, dem Gewerbe zu erhalten. Die Schuld trifft diejenigen Leute, denen der korporative Arbeitsvertrag ein Dorn im Auge ist, und die in einseitiger Weise den „Herr-im-Haus-Standpunkt“ verteidigen. Der Kampf dauert jetzt schon 9 Wochen. In Inseraten und Erklärungen in der Tagespresse suchen die Arbeitgeber die Öffentlichkeit irre zu leiten, indem sie darlegen, daß der Betrieb in den einzelnen Werkstätten ununterbrochen weitergehen würde. Mit großen Versprechungen versucht man „Arbeitswillige“, besonders Meisterlöhne, vom Lande, einzufangen, anscheinend mit sehr geringem Erfolg, da die Meister neuerdings die einzelnen Streikenden ersuchen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Sowohl ist sicher, daß einzelne Firmen, wenn sie es noch einmal zu tun hätten, es nicht mehr auf einen Streik ankommen lassen, sondern bewilligen würden. Die Herren hatten geglaubt, in 14 Tagen wäre die Arbeit wieder aufgenommen. Jetzt dauern sie ihre rückschrittliche Haltung. Wir haben Beweise dafür, daß die Meister von der Großindustrie nur als Sturmblitz gegen die Tarifverträge gebraucht werden. Nebenbei stellt die Großindustrie die Streikenden ein und raubt dem Handwerk die besten Kräfte. Aber darüber mögen sich die Herren untereinander auseinandersetzen.

Den Münchener Metallarbeitern ist der Weg vorgezeichnet. Das Arbeitgeberkartell wird in den nächsten Jahren seinen Einfluß geltend machen, um möglichst Tarifabschlüsse zu verhindern. Ist die Arbeiterschaft gut organisiert, dann wird sie ihre Forderungen schon durchsetzen, glauben aber recht viele „Geschichte“ den Verbandsbeitrag sparen (!) zu müssen, dann werden die Schatzkammer ein leichtes Spiel haben. Deshalb kann es für die Münchener Metallarbeiter nur eines geben und zwar lernen aus dem Kampf im Wagenbauergewerbe und eintreten in den christlichen Metallarbeiterverband.

Zur Spenglerbewegung in Baden

Der von Pforzheim, Mannheim, Stuttgart und noch einigen anderen Orten her unermühtlich bekannte Genosse Vorchölzer vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband, ist durch unsere Feilschungen in Nr. 24 aus dem Gleichgewicht gebracht worden. Er versucht, den Monopolvertrag, den der sozialdemokratische Verband mit den süddeutschen Spenglermeistern abgeschlossen hat, zu verteidigen. Ferner läßt Vorchölzer seinem Zorn die Flügel schüttern, weil unser Verband mit der Firma Weibel in Singen a. N. trotz des roten Wiberzuges und trotz Monopolvertrages einen Tarif abschließen konnte. Daran kann Genosse Vorchölzer nichts ändern. Warum sucht er nicht bekannter sozialdemokratischer Manier unsere Vertragsabschlüsse herunterzureißen. Vorchölzer will in dem Artikel glauben machen, der sozialdemokratische Verband streike deshalb weiter bei der Firma Weibel, weil die Firma die Forderungen nicht bewilligt habe. O nein, so liegen die Dinge denn doch nicht.

Tatsache ist, daß der sozialdemokratische Metallarbeiterverband deswegen bei der Firma Weibel in Singen a. N. weiterstreikte, weil die Firma sich nicht unter den Monopoltarif zu beugen ließ. So liegen die Dinge, und die Vorchölzerischen Versuche, die Sache anders darzustellen, sind nichts anderes als „Sand in die Augen“ und Blendwerk, um die eigene Blamage zu verdecken. Das ist die alte Methode, nach der Vorchölzer arbeitet; mußte er sich doch während des Pforzheimer Streiks vom dortigen Oberbürgermeister sagen lassen, die Vorchölzerischen Behauptungen seien: „eine böshafte Erfindung, gemacht um andere zu verächtlichen und die eigene Blamage zu verdecken“.

Vorchölzer hat sich seit dieser Kennzeichnung noch nicht gebessert, das beweist seine Schreiberei über den Tarifabschluß in Singen. Klipp und klar beweist das ferner folgende Erklärung der Firma Weibel, die sie gegen die unwahren Behauptungen des sozialdemokratischen Verbandes erlassen mußte. Darin heißt es:

„Sämtliche in Freiburg gemachten Zugeständnisse sind unter dem Vorbehalt der Zustimmung von Arbeitnehmern wie Arbeitgebern (in unserem Falle auch von den anderen Teilhabern) abhängig gemacht worden. Dieser Antrag ist vom Bezirksleiter, Herrn Vorchölzer, des deutschen Metallarbeiterverbandes selbst gestellt worden.“

Auf Grund dieser gegenseitigen Vereinbarung wurden in den Tariforten Konstanz und Karlsruhe einige Reduzierungen der Zugeständnisse gemacht und gegenseitig anerkannt. Wir selbst haben von uns in Freiburg gemachten Zugeständnissen nichts zurückgenommen, sondern lediglich verlangt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit von 59 auf 58 ab 1. Juni von 58 auf 57 ab 1. Jan. erfolgen soll.

Der Grund des Welterstreiks liegt nicht in dieser Forderung, sondern lediglich im Nichtanerkennen des Par. 14 des Vertragsentwurfs, welcher uns verbietet, mit anderen Korporationen ebenfalls Arbeitsverträge abzuschließen; d. h., daß wir dem Deutschen Metallarbeiterverband das Vertragsmonopol zu sichern und anerkennen. Dies eingesehen haben wir keine Lust und können solches nicht, da wir seit Jahren mit dem christlichen Verband gleichfalls einen Tarifvertrag haben, welcher mit Zugeständnissen auf Arbeitszeitverkürzung u. Lohnerhöhung vor dem 1. April verlängert wurde; daß dieser Vertrag bedeutend schlechtere Bedingungen als diejenigen des Vertragsentwurfs des Deutschen Metallarbeiterverbandes enthält, entspricht nicht den Tatsachen.

Den Monopolvertrag sucht Vorchölzer in der Metallarbeiterzeitung zu rechtfertigen, indem er behauptet:

„Es war nötig, diesen Paragraphen im Jahre 1913 durchzusetzen, und zwar aus zweierlei Gründen. Erstens schließt er aus, daß einzelne Meister mit einigen ihrer Leute eine andere als die übliche Kündigungsfrist vereinbaren, was für beide Teile bei Bewegungen von großer Tragweite ist. Zweitens kann ein solcher Schwundel, wie ihn die „Christen“ im Jahre 1911 in Heidelberg begangen haben, nicht mehr gemacht werden.“

Im Bericht der Badischen Gewerbeinspektion (Satzgang 1911) wurde nämlich mitgeteilt, daß unser Verband mit der Annahme der Spenglermeister von Heidelberg einen Tarif abgeschlossen habe.

Vorchölzer behauptet nun, dieser Vertrag sei nicht von uns abgeschlossen worden, sondern unser Bezirksleiter habe nachträglich beim Innungsoberrmeister den zwischen der Innung und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband vereinbarten Vertrag unterschrieben. Auch diese Behauptung ist unwahr. In Wirklichkeit verhält sich die Sache folgendermaßen:

In Heidelberg arbeiten die Spengler und Installateure seit dem Jahre 1908 tariflos. Schuld daran war der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der durch seinen „bekannten“ Geschäftsführer Schneider-Mannheim eine gemeinsame Verhandlung mit dem christlichen Metallarbeiterverband ablehnte, darauf verzichtete sich die Heidelberger Meisterinnung überhaupt einen Tarifvertrag abzuschließen.

Auf Grund des tariflosen Verhältnisses wandte sich unsere Bezirksleitung im Jahre 1911 an die Heidelberger Meisterinnung zwecks Abschluß eines Tariffes. Das gleiche tat nachweislich nachher auch der sozialdemokratische Verband.

Die Heidelberger Meisterinnung lud die Kommissionen und Vertreter unseres und des sozialdemokratischen Verbandes auf Mittwoch, den 5. Juli 1911 in das Restaurant „Lannhäuser“ Heidelberg zur Verhandlung ein.

Diese scheiterten aber an dem ablehnenden Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes. Sein Vertreter erklärte, daß er im Beisein der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes nicht verhandele. Unser Bezirksleiter erklärte sich zur Verhandlung bereit, sowohl zu gemeinsamen wie zu getrennten. Die Meister brachen dann die Verhandlungen ab, um in einer Vollversammlung der Innung zu dem Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes Stellung zu nehmen.

Von der Innung erhielt unsere Bezirksleitung folgendes Schreiben:

Heidelberg, den 14. Juli 1911.

Titel.
Christlicher Metallarbeiterverband Deutschlands
Mannheim.

Mache Ihnen die ergebene Mitteilung, daß in unserer Versammlung beschlossen wurde, getrennt zu verhandeln. Wir werden Ihnen hierüber Näheres noch zukommen lassen.

Hochachtungsvoll
geh. S. A.: Karl Horbach.

Nach dieser Mitteilung verhandelte unsere Spenglerkommission und Bezirksleitung mit der Innung, mit dem Erfolg, daß unser Tarifvertrag gleichzeitig mit dem des roten Verbandes in Kraft trat. Daß die Heidelberger Meister mit uns verhandelten und abschlossen, brauchen sie doch den Genossen nicht auf die Nase zu binden. Oder hatten die Genossen erwartet, daß die Meister sich die Erlaubnis dazu von ihnen einholen müßten? Daß die Meisterinnung sich nicht um die Aufgeblasenheit der roten kümmerte, gereicht ihr zur Ehre. Den roten Metallgenossen in der Stuttgarter Bezirksleitung können wir aber nachsählen, wie perplex sie gewesen sein müssen, als sie im Jahresbericht der Badischen Fabrikinspektion auch von dem Vertragsabschluß unseres Verbandes Kenntnis erhielten. Zumal sie am Tarif selbst nichts aussetzen konnten, sie sich aber eingebildet hatten, die Heidelberger Innungsmeister würden vor dem Nachgeben der Vorchölzer und Konforten zusammenklappen.

Dieses Erlaunen berechtigt aber nicht zu der Unwahrheit: Der christliche Bezirksleiter habe gebeten, den Tarif mit unterschreiben zu dürfen.

Unwahr ist ferner die Behauptung in der Metallarbeiterzeitung:

„Wir (der sozialdem. Verband) haben dort, wo die „Christen“ wirklich mit einer entsprechenden Mitgliederzahl in Frage kommen, noch nie abgesehen, gemeinsam mit ihnen zu handeln.“

Gerade die Geschichte der Tarifbewegung im süddeutschen Spenglergewerbe ist eine ununterbrochene Kette sozialdemokratischer Terrors. Die ersten zentralen Verhandlungen im süddeutschen Spenglergewerbe fanden am 17. und 18. März 1911 in Stuttgart statt. Dort schon waren wir bestrebt, solidarisch an einer günstigen Gestaltung der Tarife mitzuarbeiten. Was geschah aber? Das Verhandlungsprotokoll berichtet hierüber folgendes:

„Vor Eintritt in die Verhandlung erklärt Vorchölzer, daß der deutsche Metallarbeiterverband bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Versammlung keinesfalls verhandeln werde.“ In seinen weiteren Ausführungen verlangte er dann die Ausschließung der Vertreter des christlichen Metallarbeiterverbandes, mit der nachmaligen Erklärung: „Wir verhandeln nicht in Anwesenheit der Christlichen.“

Das geschah, obwohl der christliche Metallarbeiterverband in Stuttgart in einem einzigen Betrieb allein circa 30 Mitglieder hatte. Ähnliches wiederholte sich dann bei der Stuttgarter Bauhändlerbewegung 1911 und 1912, wie auch bei der Spenglerbewegung in Mannheim, Heidelberg 1911 und 1913: Um aus der Fülle des vorhandenen Betriebsmaterials nur noch eins herauszugreifen, wollen wir Vorchölzer nur noch an seine Kanonade und Blamage beim Streik der Pforzheimer Kettenmacher 1910 erinnern. Am 14. Oktober 1910 erklärte er hier:

„Wenn Verhandlungen stattfinden, kann dies nur mit dem Deutschen Metallarbeiterverband geschehen. Wenn auch Christen zugezogen werden sollen, verhandeln wir unter keinem Umständen.“

Die sozialdemokratischen Behauptungen sind also wie der Pforzheimer Oberbürgermeister mit Bezug auf den Genossen Vorchölzer sagte: „eine böshafte Erfindung, gemacht, um andere zu verächtlichen und die eigene Blamage zu verdecken“. Auf Grund dieser Tatsachen bleibt also bestehen: Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hat seit Jahren in der süddeutschen Spenglerbewegung die allerhöchste Rolle gespielt und dadurch Schachmännern und Reaktionären die Hasen in die Röhre getrieben. Er hat das Interesse nicht nur einzelner Arbeiter, sondern eines ganzen Berufes und Landes durch seine Monopolbestrebungen auf des schwerste gefährdet. Daß es ihm noch nicht überall gelang, wie es seine lang vorbereitete Absicht war, ist nicht ihm, sondern nur dem zielbewußten Arbeiten des christlichen Metallarbeiterverbandes und des vernünftigen Teiles der Arbeiterschaft zu verdanken.

Hoffentlich sorgen unsere Kollegen allerorts dafür, daß unser Verband in dieser Beziehung überall mehr noch als bisher zur Geltung kommt. Dann werden wir allen Machinationen der Vorchölzer und Konforten zum Trotz, den sozialdemokratischen Herrschergelüsten bald den wirkksamsten Dämpfer aufgesetzt haben.

Belanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 12. Juli der neunundzwanzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 12. Juli bis 18. Juli fällig.

Aus dem Verbandsgebiet

Heil. (Former und Gießerarbeiter.) Der Former klagte gegen das „Westdeutsche Eisenwerk“ in Kraß auf Zahlung von 48 Mark wegen kündigungsofer Entlassung. Kläger hatte sich geweigert, einen Akkord ohne Bestellung eines Hilfsarbeiters anzunehmen. Er verlangte eine Erhöhung des Akkordpreises, weil ihm, wie es sonst Regel war, keine Hilfskraft zur Verfügung gestellt werden sollte. Ehe wir auf den Fall näher eingehen, sei folgendes bemerkt:

Seit Bestehen des Westdeutschen Eisenwerkes, ist es stets üblich gewesen, daß den Formern neben den vereinbarten Akkordpreisen, die größtenteils tabellarisch festgelegt sind, eine Hilfskraft (Hilfsarbeiter oder Lehrling) auf Kosten des Werkes gestellt wurde. Diese Hilfskraft hat die Aufgabe, Nebenarbeiten zu verrichten, die die Leistung des Formers vermindern würden, falls er die Arbeit selber verrichten müßte. Da der Formerlohn höher ist, wie der Hilfsarbeiterlohn, darum werden Hilfsarbeiter gestellt. Die Betriebsleitung des Werkes hat es stets als eine Verpflichtung ihrerseits angesehen, den Formern die nötigen Hilfskräfte zu gewähren.

In letzter Zeit mußten aber die Formern wiederholt beim zuständigen Meister oder Betriebsführer Beschwerde führen, daß sie nicht genügend Hilfskräfte zur Verfügung hätten. Am 2. Juni d. S., morgens sofort bei Beginn der Arbeit meldeten sich 5 Formern beim Betriebsführer Herrn Eckenberg und verlangten Hilfsarbeiter, weil sie ohne solche, die Arbeit nicht machen könnten. Der Betriebsführer erwiderte, so sollten nur an die Arbeit gehen, die Sache würde geregelt; kurz danach erhielten sie zwei Hilfskräfte aus einer anderen Betriebsabteilung. Die Hilfskräfte genügten aber nicht; 2 Formern gingen deswegen nach Haus. Am gleichen Tage hat der Former M. beim zuständigen Meister ebenfalls wegen Stellung eines Hilfsarbeiters vorgesprochen. Bei dieser Gelegenheit hat M. zum Ausdruck gebracht, daß er am anderen Morgen keine Papiere haben wollte, wenn für ihn kein Hilfsarbeiter da wäre.

Sehr oft ist es vorgekommen, daß Formern wegen Fehlens des Hilfsarbeiters die Arbeit zu jeder Tagesstunde verlassen haben. Hiergegen hat die Betriebsleitung nichts unternommen. In vielen Fällen zogen es die Meister vor, fernerde Hilfsarbeiter aus der Menage des Werkes zu holen, damit die betreffende Former ihre Arbeit verrichten konnten. Auch hat der Betriebsführer gelegentlich einer Unterredung mit einigen Formern, die wegen Bestellung von Hilfsarbeitern vorstellig wurden, sich dahin geäußert, daß hier nun einmal das Hilfsarbeitersystem herrsche und er wolle es auch nicht ändern. Selbst Lehrlinge, die doch der Firma durch Anfertigung von Gießereierzeugnissen mehr einbringen, wie die Hilfsarbeiter, sind den Formern, in Ermangelung von anderen Hilfskräften, zur Verfügung gestellt worden. Der Direktor des Werkes, der vor fünfzehn Jahren vom Schalker Gruben- und Hüttenverein kam, hat die auf letzterem Werk bestehende Akkordtabelle und auch das Hilfsarbeitersystem auf das Westdeutsche Eisenwerk übertragen. Es ist auch bisher noch nicht vorgekommen, daß Formern auf die Hilfsarbeiter verzichtet haben. Wohl haben Formern, um nicht stundenlang auf einen Hilfsarbeiter warten zu müssen, also um keinen größeren Schaden zu erleiden, kleine Arbeiten, die sonst von Hilfsarbeitern gemacht werden, selbst verrichtet. Hieraus kann aber nicht der Schluß gezogen werden, daß die Formern bei manchen Arbeiten auf die Begehung eines Hilfsarbeiters verzichtet hätten.

Die Akkordpreise, denn darauf kommt es bei dieser ganzen Frage an, sind auch so bemessen, daß ohne Hilfskräfte die Arbeit für den festgesetzten Preis einfach nicht hergestellt werden kann. Der Durchschnittsakkordverdienst der Formern beträgt etwa 7 M. pro Tag. Da nun auf 2 Formern in der Regel 1 Hilfsarbeiter entfällt, müßte der Former, falls ihm die Hilfskraft entzogen würde, ein Drittel mehr Arbeit leisten. Er würde also die 7 M. statt in einem Tage, erst in etwa 1 1/2 Tagen verdienen können, was einer Lohnreduzierung von 2 M. täglich gleichkäme. Es wird aber keinem Former zugemutet werden können, für 5 M. pro Tag zu arbeiten, zumal sie stets unter Anspannung aller Kräfte tätig sein müssen und gesundheitlichen Gefahren sehr stark ausgesetzt sind. Im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet schwanken die Formerlöhne zwischen 65 und 85 Pfg. pro Stunde. Nach Wegnahme der Hilfsarbeiter würden also die Löhne auf dem „Westdeutschen Eisenwerk“ um 2 bis 3 M. pro Tag hinter den Durchschnittsformerlohn zurückbleiben. Selbst die Leistung des genannten Werkes kann u. E. nicht der Meinung sein, daß die Formern für einen derartigen Lohn arbeiten sollen. Wäre sie anderer Ansicht, dann hätte sie sicherheitlich keine Hilfsarbeiter gestellt.

Aus dem Angeführten geht hervor, daß die Former Hilfskräfte beanspruchen können und die Firma verpflichtet ist, diese zu stellen. Nimmt sie den Formern die Hilfskräfte, so muß sie dem Verlangen der Formern, die Akkordpreise zu erhöhen, Rücksicht tragen. Gibt die Firma nicht nach, erhöht sie nicht den Akkordpreis, so kann den Formern nicht zugemutet werden, den Lohnausfall auf sich zu nehmen.

Auf dem „Westdeutschen Eisenwerk“ in Kraß verlangt nun ein Former eine Erhöhung des Akkordpreises oder einen Hilfsarbeiter. Als er bei seiner Forderung blieb, wurde er wegen Arbeitsverweigerung ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen. Der Former klagte am Gewerbegericht Klage an, wegen kündigungsofer Entlassung und verlangte Entschädigung. Das Gericht sagt in dem Urteil, daß der Former die Arbeit nicht ohne Hilfsarbeiter anzufertigen brauche, wenn die Firma verpflichtet sei, einen Hilfsarbeiter zu stellen.

Der Vertreter des Werkes, Herr Betriebsführer Eckenberg erklärte, daß von der Bestellung einer Hilfskraft auf Kosten des Werkes keine Rede sein könne. Es sei dies auch in Werken, abgesehen von Einzelfällen, bisher nicht allgemein üblich gewesen. Der Kläger, bezw. dessen Beistand erklärte, die Aussagen des Betriebsführers für unwichtig. Dem Vorschlag des Klägers, den Termin zu verlagern, um Zeugen zu vernehmen, wurde nicht stattgegeben. Das Gericht hob vielmehr dem Betriebsführer einen Eid darüber zu, ob die beklagte Firma verpflichtet sei, den in Akkord arbeitenden Formern einen Hilfsarbeiter auf Kosten des Werkes zu stellen.

Herr Eckenberg verneinte eidlich die Verpflichtung zur Stellung von Hilfskräften. Der Kläger wurde kostenpflichtig abgewiesen. Die Formern des genannten Werkes sind über den Ausgang der Sache sehr ungehalten. In einer Versammlung

haben sie bereits Stellung genommen zu dieser Frage. Die Arbeiter wollen Vorfrage treffen, ob ihnen kein Schaden erwächst.

Stuttgart. In dem Artikel über die gelbe Gründung bei Bosch in Stuttgart in Nr. 27 ist insofern ein Irrtum unterlaufen, als die 110 000 M. von der Firma nicht den Gelben, sondern der Ferienkasse des Betriebs überwiesen worden sind. Inzwischen ist auch das Statut des gelben Werkvereins, der sich den Titel „Spar- und Unterstützungsverein von Angehörigen der Boschwerke in Stuttgart und Feuerbach“ beigelegt hat, bekannt geworden. Aus dem Statut geht unzweifelhaft hervor, daß der neue Verein in die Bahnen der „Gelben“ eingetreten ist. Die Beiträge betragen 1 M. für männliche und 50 Pf. für weibliche Mitglieder und werden direkt vom Lohne abgezogen. Ein Teil des Geldes wird als Sparguthaben gebucht, für den andern Teil wird eine geringwertige Arbeitslosenunterstützung für die Dauer von höchstens 30 Tagen im Jahre gewährt. Wenn jedoch der Bestand der Kasse sich mindert, sodaß auf ein männliches Mitglied nur noch 20 M. und auf ein weibliches 10 M. entfallen, so kann der Vorstand diese Unterstützung noch um die Hälfte herabsetzen. Tritt der Arbeiter aus dem Werke aus, so erhält er sein Sparguthaben zurück, im übrigen geht er seiner Rechte verlustig und kann seinem übrigen Gelbe nachsehen. Im § 16 heißt es:

Mit Beendigung der Mitgliedschaft (die durch Austrittserklärung, Ausschluß und Austritt aus der Firma erfolgt) erlischt sofort jedes Anrecht an die Unterstützungskasse; eine Rückzahlung der an diese geleisteten Beiträge oder eines Teils derselben findet nicht statt. In einer Gewerkschaftsbewegung kann der Arbeiter Ort und Betrieb nach Belieben wechseln; er bleibt trotzdem immer Mitglied und verliert keine Rechte. Wenn ein Mitglied Geld sparen will, so kann es daselbe auf die Sparkasse bringen, und braucht sich dann nicht im Werkverein kontrollieren zu lassen. Hingukommt, daß die Arbeitslosenunterstützung für die zur Entlassung Kommenden lediglich auf dem Papier steht. Im Statut heißt es doch, daß die Gelben mit dem Ausscheiden aus dem Betrieb ebenfalls sofort aus dem Werkverein ausscheiden und sofort jede Anrechte an die Vereinskasse verlieren.

Das Boschwerk zeigt großes Interesse an dem neuen Verein. Der Abzug der Beiträge direkt vom Lohn bedeutet ohne Zweifel eine Begünstigung der Gelben.

Vor Jahresfrist wurde in den Arbeitsräumen ein scharfes Agitationsverbot angehängt, jeder, der beim Agitieren angegriffen wurde, sollte entlassen werden. Hoffentlich gilt dieses auch für die gelbe „Organisation der Nichtorganisierten“.

Die Verirrung der Arbeiterbewegung bei Bosch ist sehr zu bedauern. Die gelben Werkvereine sind keine gesunde Interessensvertretung der Arbeiterschaft, sie sind auch kein Nutzen für Industrie und Land. Eine Reihe hervorragender Industrieller, Volkswirtschaftler und Politiker haben übereinstimmend vor der „gelben“ Bewegung gewarnt und sie scharf verurteilt. Der Arbeiter, der wirklich eine Standesinteressenvertretung will — und das liegt im Interesse eines jeden Arbeiters — der trete in den christlichen Metallarbeiterverband Deutschlands ein.

Elfen-Auhr. (Aus den Krupp'schen Betrieben.) Wie in verschiedenen Krupp'schen Betrieben, so hat auch im Zündkerzenbetrieb die Arbeit nachgelassen. Diese Gelegenheit wird offenbar benutzt, um die Betriebsunkosten herabzudrücken. An und für sich wäre hiergegen nicht viel einzuwenden, wenn nicht gerade die Löhne immer wieder das Versuchsojekt abgeben müßten. Die Arbeiter sind der Ansicht, daß auf andere Weise viel besser gespart werden könnte. Was nun zunächst das Akkordwesen anbelangt, so wird der Preis in den meisten Fällen einseitig festgesetzt; z. B. in der Werkzeugfabrikation fest der Meister Krause die Preise nach Gutdünken fest, ganz gleich-

gültig, ob ein Arbeiter etwas dabei verdient oder nicht. Kürzlich wurde ein Arbeiter wegen Arbeitsverweigerung gekündigt, weil er an seinem Akkord nichts verdienen konnte und sich weigerte, den Akkord anzunehmen. So wie in dieser Werkstatt, geht es meist auch in den anderen Betrieben, in denen Akkordarbeit verrichtet wird. Der Preis wird diktiert und so gesetzt, daß der Arbeiter nicht in der Lage ist, seinen bisherigen Lohn zu verdienen. Wo bleibt da die Innehaltung des Par. 3 Absatz 2 der Krupp'schen Arbeitsordnung durch den Betrieb? Hier steht doch klipp und klar, daß der Akkord vereinbart werden muß, oder gilt die Arbeitsordnung nur für die Arbeiter? Die jetzigen Akkordreduzierungen steigern sich fortgesetzt schon bis zur Höhe von 20 Prozent. Da ist doch die Frage am Platze: Woher nimmt die Betriebsleitung das Recht, in der Zündkerzenfabrik so vorzugehen? Dieses Verfahren steht im schärfsten Widerspruch zu der Erklärung des Herrn Direktors Körner, der vor Jahresfrist den aus diesem Betriebe bei ihm vorstellig werdenden Arbeitern erklärte: „Sie dürfen 8 Mark bis 8,50 Mark pro Tag verdienen, Akkorde dürfen nicht gekürzt werden. Angesichts der jetzt herrschenden Akkordreduzierungen ist es daher an der Zeit, an dieses Versprechen zu erinnern.“

Zugegeben kann werden, daß manche Abzüge nicht direkt auf die Initiative des Herrn Betriebsführers zurückzuführen sind, denn gerade in Zeiten niedergehenden Geschäftsganges versuchen gewisse Personen, diese Gelegenheit zu benutzen, um teils persönliche Sachen auszutragen, oder sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Und da geschehen dann Dinge, bei denen man sich unwillkürlich an den Kopf faßt und sich fragt: Wie ist so etwas bei Krupp möglich? So ist z. B. ein Herr Halbach, seines Zeichens erster Schreiber des Zündkerzenbetriebes, der offenbar glaubt, die Seele des Betriebes zu sein. Kein Bureauarbeiter oder Meister mag es, sich den Anmaßungen dieses Herrn zu widersetzen. Sein Bestreben geht dahin, die Löhne, die seiner Ansicht nach zu hoch sind, herunterzusetzen, damit die Zündkerzenfabrik konkurrenzfähig bleibt. Hat da kürzlich z. B. ein Arbeiter anstatt 6 Mark pro Schicht nur 5,50 Mark verdient, er geht zum Herrn Halbach und fragt: Wie das komme? Er habe doch bisher 6 Mark verdient, wie auch die anderen Kollegen an dieser Arbeit, und jetzt seien ihm nur 5,50 Mark ausbezahlt worden. Gelassen fällt Herr Halbach das salomonische Urteil: „Die anderen verdienen von jetzt ab auch nur 5,50 Mark, denn 6 Mark ist für diese Arbeit zu viel.“ Schichtlöhne setzt Herr Halbach fest, Entlassungen nimmt er vor, wie folgender Fall besonders beleuchtet: Einem Dreher wurde am Montag, dem 15. Juni, von seinem Meister mitgeteilt, er sei vom Betrieb gekündigt worden. Auf Befragen des Mannes nach dem Grunde der Entlassung sagt der Meister: „Von ihm käme das nicht, er wisse überhaupt nichts davon. Kurz vor 6 Uhr sei das Strafbuch herübergekommen und da habe keine Kündigung darin gestanden.“ Am anderen Tage geht der Mann zum Herrn Betriebsführer des Bianco. Auch dieser war nicht wenig erstaunt, als er von der Kündigung hörte, ihm sei diesbezüglich nichts bekannt, sagte er, aber er wolle sofort die Sache untersuchen. Nachmittags um 4 1/2 Uhr kommt der Herr Betriebsführer persönlich zu dem Dreher an die Bank und sagt, die Kündigung müsse bestehen bleiben, da er (der Dreher) in der letzten Zeit viel gebummelt habe. Mithin hatte offenbar Herr Halbach ohne Wissen des Betriebsführers und des Meisters die Kündigung im Strafbuch vollzogen. Das Konto dieses Herrn läßt sich noch nach verschiedenen Seiten beliebig vermehren, vielleicht genügt das Angeführte, um ihn in seine Schranken zu weisen.

Vergleichen beklagen sich die Arbeiter darüber, daß Mitglieder des Werkvereins und einzelner Turnvereine ohne Rücksicht auf ihre Tüchtigkeit in bessere Stellungen befördert würden. Bisher war man doch der Meinung, daß bei Krupp die Tüchtigkeit der einzelnen Arbeiter maßgebend sei. Neuer-

dings ist es aber kaum zweifelhaft, daß bei Anstellung von Kontrolleuren oder Meistern nicht immer die tüchtigsten Kräfte genommen werden. Ob dieses zum Vorteil des Betriebes ist, wagen wir zu bezweifeln. Hand in Hand mit solchen Vorkommnissen gehen sonstige, kleinliche Schikanierungen der Arbeiter. Wie will der Betrieb es eigentlich rechtfertigen, daß den Arbeitern während der Arbeitszeit das Wassertrinken verboten ist, wie es z. B. in der Laborierwerkstatt I und II durchgeführt worden ist? Dort darf nur in den Pausen Wasser geholt und getrunken werden. Weiter ist es gefährlich, sich längere Zeit auf dem Abort aufzuhalten. Es ist ein Aufseher angestellt worden, der zu kontrollieren hat, wie lange der einzelne Arbeiter den Abort benützt. Sünder, die er beim Zeitungslesen ertappt, werden gemeldet. Mehr Aufmerksamkeit sollte besser auf die Instandhaltung der Aborte gelegt werden, sie sind sehr oft unsauber und vollgestopft, weil die Wasserpflanzung teilweise nicht funktioniert.

Die Mißstände im Zündkerzenbetrieb sind derartig, daß sich sogar die Gelben in einer ihrer letzten Betriebsversammlungen mit ihnen besetzt haben, und das will doch schon etwas heißen. Ausräumen werden sie dieselben nicht. Hier kann nur etwas helfen, und zwar entschiedenes Vorgehen. Die gesamte Arbeitererschaft fühlt das Unwürdige einer solchen Behandlung und muß Stellung dazu nehmen.

Gelbeingänge bei der Hauptkassa

- Monat Juni
- Düsseldorf 1201,16, Olpe 400,—, Meß 1000,—, Barmen 450,—, Rottenburg 180,—, Neumiech 53,81, Köln 1500,—, Lippstadt 400,—, Dessau 13,63, Düsseldorf 1000,—, Wülheim-Oberhausen 400,—, Ulm 200,—, Bielefeld 150,—, Barmen 550,—, Lonsau 39,36, Oker 150,—, Gebweiler 90,—, Dortmund 1000,—, Wülheim-Oberhausen 300,—, Werboldt 400,—, Köln 1800,—, Hannover 200,—, Düsseldorf 1000,—, Neheim 1200,—, Nachen 1500,—, Hamm 800,—, Schweinfurt 246,18, Hildesheim 500,—, Bremen 100,—, Menden 1000,—, Mannheim 300,—, Hamm 500,—, Hamburg 150,—, Worms 50,—, Stuttgart 500,—, Olpe 400,—.

Sterbetafel

- Bremerhaven. Am 3. Juli starb unter jugendlichem Mißgeschick Otto Steinhäuser an Lungenerkrankung im Alter von 18 Jahren.
- Verdohlt-Letmathe. Am 9. Juni starb an den Folgen eines Nervenerleidens der Kollege Wilhelm Köhler, im Alter von 20 Jahren.
- Neheim. Am 27. Juni starb unser Kollege, der Klempner Franz Stromberg an Bronchitiskararrh im Alter von 50 Jahren.
- Schwab-Gmund. Am 20. Juni verschied nach langwieriger Krankheit unser Kollege Johann Hezel, Gründer der Sektion Nenningen.
- St. Ingbert. Am 30. Juni verschied unser treuer Kollege und Mitbegründer unserer Ortsgruppe Johann Bastian an Leberleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Briefkasten

Nach Elpe-Deffern. Jedenfalls dürfte es nicht schaden, wenn bei Euren Versammlungen angegeben würde: Stunde und Lokal.

Versammlungs-Kalender

Kollegen und Kolleginnen! Versäumt ohne Grund keine Versammlung!

Samstag, 11. Juli:

- Berlin Norden. Abends 8,30 Uhr bei Thiede.
- Diedenhofen. Abends 8,30 Uhr bei „Dekrappe“, Ecke Ober- und Niederjunkerstraße.
- Essen. Abends 8,30 Uhr im „Kleinischen Hof“.
- Essen. Klempner u. Installateure. Abends 8,30 Uhr bei Spahn, Steelerstr. 24.
- Hann. Abends 8,30 Uhr bei Krahwinkel. Referent: Koll. Kritz.
- Köln-Endenbach. Abends 9 Uhr bei Sadelers, Bachemerstr. 129.
- Köln-Grenzfeld. Abends 9 Uhr im Vereinshaus Platen, Subbelratherstr.-Ecke.
- Krefeld-Verdingen. Abends 8,30 Uhr im Parlament.
- München. Abds. 8 Uhr im Rest. „Leopoldstadt“. Ref.: Reichs-Insabg. Kollege Schürmer.
- Nemscheid. Abends 8 Uhr bei Bierbach.
- Worms. Abends 8,30 Uhr bei Schmidt, Kaiserstraße.
- Wuppertal. Abends 8 Uhr im Lokal „Traube“.

Sonntag, 12. Juli:

- Bühl. Morgens 11 Uhr bei Gräberberg, Uhstr. 8.
- Chemnitz. Vormittags 11 Uhr im Bäckereiwandlungshaus.
- Dortmund-Hombruch. Vorm. 11 Uhr bei Wm. Schmittker.
- Dortmund-Lünen. Vorm. 11 Uhr bei Möllmann.
- Dortmund-Werne. Nachm. 4 Uhr bei Teschendorf.
- Duisburg-Laar. Vormittags 11,30 Uhr bei Janzen, Kaiserstr.
- Duisburg-Neiderich. Nachm. 4 Uhr bei Stapselmann, Hofstr.
- Düsseldorf-Deventer. Vorm. 11 Uhr bei Paas, Ammerstraße.
- Düsseldorf-Elber. Vorm. 11 Uhr bei Haagenell, Gumbertstraße.
- Düsseldorf-Oberkassel. Vorm. 11,30 Uhr bei Boffen, Purgallee.
- Düsseldorf-Svecht. Vorm. 11 Uhr bei Böffen, Krefeldstraße.
- Düsseldorf-Walden. Vorm. 11 Uhr bei Velmes-Neer.
- Essen-Altenhof. Morg. 11 Uhr bei Trippel, Altendorferstr. 299.
- Essen-Rüttenscheid. Morg. 11 Uhr bei Brummkamp, Ecke Paulinen- und Emmastr.
- Essen-Altenessen. Abends 7 Uhr bei Effer.
- Essen-Beitrop. Nachm. 3,30 Uhr bei Erogmann.
- Hann. (Fagendklasse). Vorm. 10 Uhr. Referent: Koll. Kritz.
- Samstag. Morgens 11 Uhr bei Oberbach.
- Krefeld-Bebera. Morgens 11 Uhr bei Bogels.
- Ufermoos. Vorm. 10,30 Uhr bei Müller.
- Wetzlar. Nachm. 5 Uhr bei Eibeler.
- Wiesbaden. Nachmittags 3,30 Uhr im „Krenz“.
- Willingen. Vorm. 11 Uhr bei Kürten, Bachemerstraße.

- Rottenburg. Vormittags 10 Uhr.
- Sterkrade. Vormittags 11 Uhr bei Landscheid.
- Süß. Morgens 11 Uhr bei Offer.
- Werden-Kappelerdreh. Morg. 11 Uhr bei Erkens.
- Montag, 13. Juli.
- Stevensbrich. Abends direkt nach Feierabend bei Biensfeld, Rhegdiertstraße.
- Donnerstag, 16. Juli.
- Dortmund. Abends 9 Uhr im goldenen Löwen, Vertrauensmännerversammlung.
- Samstag, 18. Juli.
- Cannstadt. Abds. 8,30 Uhr im Eogl. Arbeitervereinshaus.
- Essen. Fuß- u. Wagenschmied. Abds. 9 Uhr b. Spahn, Steelerstr.
- Freiburg i. S. Abends 8,30 Uhr im Gantenbräu.
- Gößitz. Abends 8,30 Uhr bei Ludwig, Mittelstraße.
- Halle. Abends 8,30 Uhr im Gefellenhaus, Bürgasse.
- Köln-Stadt. Bauhölzer. Abends 9 Uhr „zur Ratsmühle“.
- Köln-Deutz. Abends 9 Uhr „zur Krone“, Freiheitstr. 19.
- Köln-Humboldt-Kolonie. Abends 8,30 Uhr bei Hüth, Nassaustr.
- Krefeld-Bochum. Abends 9 Uhr bei Venger.
- Pforzheim. Abends 8 Uhr Untere Augasse 20.
- Seligen. Abends 9 Uhr bei Borghoff.
- Sonntag, 19. Juli.
- Berlin-Oberhühneweide. Abends 7 Uhr bei Olleß.
- Dortmund. Morg. 10,30 Uhr bei Wiedeke, Auguststraße.
- Düsseldorf-Fingern. Vorm. 11 Uhr bei Boofen, Hoffeldstr.
- Düsseldorf-Gerresheim. Vorm. 11 Uhr in Steinmanns Lokal, Gräufingerstraße.
- Düsseldorf-Rath. Vorm. 11 Uhr bei Iben, Oberratherstr.
- Elpe-Deffern. Jeden dritten Sonntag im Monat.
- Görsch. Morgens 11 Uhr bei Haarthaus.
- Hannover. Nachm. 2,45 Uhr bei Renhaus am Rathaus, gemeinsame Versammlung der Ortsgruppen Hannover, Marz-Loth und Bruchhausen.
- Karlsruhe-Dorfleben. Nachm. 3,30 Uhr im „Hirsch“.
- Köln-Stadt. Heimgangsmonteur. Morg. 11 Uhr „zur Ratsmühle“.
- Köln-Stadt. Morg. 11 Uhr bei Hönigesberg, Brennerstr. 14.
- Köln-Poll. Morg. 11 Uhr bei Faßbender, Henpstr. 23.
- Krefeld-Stadt. Morgens 11 Uhr in der Reichshalle.
- Kref. Vorm. 11 Uhr im Lokale zum Amtsgericht, Breiterstr.
- Oberhausen. Nachm. 3 Uhr bei Kemmerling, Jugendliche mitbringen.
- Odenkirk. Morgens 10,30 Uhr bei Morjan an der Seil.
- Offheim. Morg. 11 Uhr bei Schmidt, Frankfurterstr.
- Wagrad. Morgens 11 Uhr bei Bender.
- Wetzlar-Hollhausen. Vorm. 11 Uhr bei Hahn, Alte Brücke.
- Werden-Stadt. Morgens 11 Uhr bei Bergmann.

Von wohlstehenden Leuten wenig benützte Herren-Garderoben erhalten Sie sehr preiswert vom Garderoben-Verlandhaus b. Spielmann München, Dachauerstraße 4. Frühjahrs-Paletots und Winter von 10 bis 45 Mk. Saeco-Ausüge 1- und Preisig von 12 bis 48 Mk. Toppfen, Socken, Wetterkragen etc. etc. Hier nicht angeführtes im Katalog. Verlangen Sie ohne Verbindlichkeit Muster, Pracht-Katalog H gratis und frei. Für nichtkonvenierende Waren erhalten Sie Geld retour.

Allen voraus sind die Kiepenkerl-Tabate von Odenkott-Rees am Rhein. Überall käuflich! Wegen ihrer außerordentlichen Beständigkeit jedes Manns Freund.

Prima Nusschinken per Pfd. 1,20 Mk. Durchschn. Speck, p. Pfd. 85 Pfg. Mettwurst, hart, Brekwurst, Leberwurst p. Pfd. 70 Pfg. Kaiserjagdwurst und Brekwurst per Pfd. 90 Pfg. Cervelatwurst u. Salami per Pfund 1,20 Mk. empfiehlt per Nachnahme Carl Böger, Wurlfäbrik, Glogau.

Die billigsten, haltbarsten Socken Sommer- und Sport-Strümpfe Sporthemden, Swaters, poröse Leinwand und Strümpfe beziehen Sie direkt (illust. Preisl. unsonst frk.) a. d. Strümpfw- u. Garfabrik in Erfurt F. 258.

Teilzahlung Uhren u. Goldwaren, Photo-, optische Artikel, Sprechmaschinen, Musikinstrumente, Spielwaren, Zithern u. s. w. Kataloge gratis und franko liefern. BERLIN A. 741 Jonass & Co. Belle-Alliancestr. 3

haubsägerei Herbschnitt und Holzbrand Werkzeuge, Holz, Vorlagen etc. in grosser Auswahl billig. Katalog gratis. 1. Händl. Kottbus 99 Platz.

! Kollegen ! Agitiert für den Verband.